15. Jahrg. / Nr. 176 / Preis 10 Pf. Auswärts 15 Pf. Berlin, Mittwoch, 24. August 1932

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Tel.: B 1 Berolina 5481, Tel.-Adr.: Rotfahne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH. Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Postscheck: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inserat", Allgemeine Inseraten-Expedition GmbH., Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telephon: B 1 Kurfürst 1825/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis in Berlin u. Orten mit eig. Zustellung: pro Woche 60 Pf., pro Monat 2.60 M. einschl. Trägerlohn. Postbezug pro Monat 2.60 M. nebst Bestellgeld. Streifband im Inland 4.20 M., im Ausland 4.50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12gesp. Millimeterzeile 35 Pf.: die 5gesp. Textmillimeterzeile 2.50 M. Arbeiterorganis. u. Familienanz.: Millimeterz. 20 Pf. Kleine Anz.: Textwort 20 Pf., Ueberschriftsw. 30 Pf. Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf.

Antifaschistische Aktion! Auf zum Protest!

KPD.-Fraktion fordert die Freilassung der Ohlauer Reichsbannerarbeiter

Heute Sondergerichtsjustiz gegen Berliner Antifaschisten — Betriebe, Stempelstellen, protestiert gegen die Sondergerichte!

Telegramm unserer Reichstagsfraktion

Die Reichstagsfraktion der KPD. sandte an die verurteilten Ohlauer Reichsbannerarbeiter das folgende Telegramm:

Karl Blech, Otto Durniok, Vanin sen., Strulik,

Gerichtsgefängnis Brieg.

In engster Solidarität mit allen kämpfenden Proletariern verbunden, erheben wir schärfsten Protest gegen das gegen Euch und Eure Kameraden gefällte Terrorurteil. Wir beantragen beim Zusammentritt des Reichstages sofortige Aufhebung des Urteils und Eure Freilassung. Es lebe die Antifaschistische Aktion!

Mit brüderlichen Kampfesgrüßen

Kommunistische Reichstagsfraktion.

Die ganze Journaille, gleich welcher Farbe, fordert den Gnadenakt für die braunen Mörder von Potempa. Ihr Oberosaf Hitler solidarisiert sich mit ihnen. Gleichgültig für uns der Ausgang und die Vollstreckung des Urteils. Für uns, für das Proletariat lauert in jedem Falle hinter dem Urteilsspruch von Potempa morgen das Todesurteil gegen die Antifaschisten.

Die Arbeiterschaft alarmierend, die brüderliche Solidarität mit allen proletarischen Opfern der Sondergerichtsjustiz bekundend, hat die Reichstagsfraktion der Kommunistischen Partei die Freilassung der zu 9 Jahren Zuchthaus und 21 Monaten Gefängnis verurteilten Reichsbannerarbeiter von Ohlau gefordert. Das ganze Proletariat muß sich dem Protest anschließen. Das ganze Proletariat muß wissen, daß sich dem Urteil von Ohlau heute ein Schreckensurteil des Berliner Sondergerichts gegen Berliner Arbeiter anschließen soll.

Die sozialdemokratische Presse hat die Einsetzung der Sondergerichte durch die Papen und Schleicher als eine „Notwehrmaßnahme des Reichskabinetts gegen die Nationalsozialisten" begrüßt. Wir sagen: Fort mit den Sondergerichten! Betriebe, nehmt Stellung! Arbeiterleben sind durch das Beil des faschistischen Henkers bedroht! Arbeiterleben sollen in den Zuchthäusern der faschistischen Diktatur begraben werden. Die Sondergerichte müssen fallen! Heraus mit unseren Kämpfern aus den Kerkern! Die Antifaschistische Aktion ruft zum Kampf!

Protest gegen Unterstützungsabbau

Hamburg, 23. August. (Eig. Meldung.) Am letzten Sonnabend sollten in Lüneburg die Unterstützungssätze der Wohlfahrtsempfänger um 3 bis 8 Mark abgebaut werden. Schon am Donnerstag, als dies bekannt wurde, bildeten sich spontan starke Demonstrationen. Sonnabend früh sammelten sich viele Wohlfahrtsunterstützungsempfänger mit ihren Frauen und Kindern auf dem Wohlfahrtsamt, um die Zurücknahme der Kürzungen durchzusetzen. Die Polizei ging in rücksichtsloser Weise gegen die ausgehungerten und ausgemergelten Wohlfahrtsempfänger vor.

Beim Magistrat stellte die kommunistische Fraktion den Dringlichkeitsantrag, die Kürzung der Unterstützung der Wohlfahrtsempfänger rückgängig zu machen. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte dies ab mit der Begründung, dieser Beschluß verstoße gegen die Papensche Notverordnung.

Hitlers „unbegrenzte Treue" zu den Meuchelmördern

Kehlkopf zertreten, Schlagader zerrissen

Aerztlicher Sachverständiger Dr. Weimar im Beuthener SA.-Prozeß:

„Die Leiche von Pietzuch wies 29 Verwundungen auf. Die Halsschlagader war vollkommen zerrissen, im Kehlkopf war ein großes Loch. Am Halse zeigten sich deutlich die Spuren eines Stiefelabsatzes. Die tödlichen Verletzungen, auch der Schuß wurden Pietzuch beigebracht, als er bereits am Boden lag."

Hitler begrüßt die Mörder

Adolf Hitler hat an die Mörder von Konrad Pietzuch ein Begrüßungstelegramm geschickt, in dem es unter anderem heißt:

„Meine Kameraden! ...
fühle ich mich mit euch in unbegrenzter Treue verbunden, eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre.

Adolf Hitler."

Mit dieser Begrüßungsadresse an die verurteilten Arbeitermörder von Potempa hat Hitler sich und seiner Partei selbst die Maske abgerissen

Schlächter von Potempa

Wenn wir Gericht halten ...

Sie fahren im Luxusauto vor eine zerfallene Kate. Da drin schlafen — es ist die zweite Morgenstunde des 10. August 1932 im oberschlesischen Potempa — eine greise Arbeiterwitwe in dem einen und in dem anderen Bett ihre zwei erwerbslosen Söhne, Proletarier, wie ihre Vorfahren es waren, immer im Keller des Lebens vegetierend, immer von dem Stiefel der Kapitalisten getreten und von der Krise zu jahrelanger Erwerbslosigkeit verurteilt.

Die draußen in dem Auto haben blitzende braune Uniformen an. Es sind zehn SA.-Leute. An ihrer Spitze der Gemeindevorsteher Gastwirt Lachmann, der ihnen literweise Schnaps und Bier eingepumpt hat, damit sie „mehr Mut" haben. Sie brechen ins Haus ein, dessen Insassen keinem Nazi bisher auch nur ein Haar gekrümmt haben und die den Hakenkreuzlern nur verhaßt sind, weil sie noch im bittersten Elend die Fahne des Kommunismus hochhalten. Den Schlafenden, es sind die Gebrüder Konrad und Alfons Pietzuch, leuchten Taschenlaternen ins Gesicht, sie werden aus den Betten gerissen und kommen erst zur Besinnung, als schon die Schläge hageldicht auf sie niedergehen und ...

Hauptmann Göring über die Täter: „Sie haben in berechtigter Notwehr (!) gegenüber einem Kommunisten gehandelt."

... die Banditen ihr „Hände hoch" brüllen. Die SA.-Leute haben Gummiknüppel. Sie schlagen mit den Gummiknüppeln. Die SA.-Leute haben schwere Eichenstöcke. Sie schlagen mit den Eichenstöcken. Die SA.-Leute haben nägelbeschlagene Stiefel. Sie treten mit den Stiefeln. Die SA.-Leute haben Revolver. Sie schießen mit dem Revolver. Schon liegt Konrad Pietzuch am Boden, da ...

Goebbels im gestrigen „Angriff" über die Täter: „In Verzweiflung und ohnmächtiger Vereinsamung greifen naiv empfindende Menschen zur Waffe."

.... fielen die braunen Kannibalen nach dem Hals ihres Opfers. Sie zertreten ihm den Kehlkopf und zerreißen ihm die Halsschlagader und jagen dem Sterbenden, dessen Gesicht völlig zerfleischt ist, noch den Fangschuß in die Brust....

Adolf Hitler an die Täter: „Ich fühle mich Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist eine Frage unserer Ehre!"

★

Die höllische Mördertat wird zur „Notwehr", die meuchlerische Raedermetzelung in eine vorbildliche Tat verwandelt, Hitler solidarisiert sich mit den feigen Mördern, und der Dr. Josef Goebbels zitiert sogar den jüdischen Dichter Werfel („Nicht der Mörder, der Ermordete ist schuldig"), um zu beweisen, daß die Männer, von deren Händen das Blut triefe, daß „diese Michael Kohlhaas, die mit dem Werk der Rache beginnen", doch eigentlich um ihr Recht kämpfen.

Michael Kohlhaas — das ist der kleine Mann des Mittelalters, der im Einzelgängerkampf gegen die Zollräuberei und die Willkür der großen Herren unterliegt. Mit seinem Namen schmücken sich die Zollräuber des 20. Jahrhunderts, er dient ihnen zur Bemäntelung der scheußlichsten Schurkentat, die im Namen der Herrschaft der großen Herren der Neuzeit begangen wurde.

Sie haben einen Menschen ermordet, einen erwerbslosen Arbeiter. Sie ermorden nur Arbeiter. Diesem hier speien sie noch ins offene Grab nach. „Es war ja nur ein polnischer Insurgent, ein Teilnehmer an den Polenaufständen in Oberschlesien." Lüge und abermals Lüge. Konrad Pietzuch hat im Gegenteil das getan, was alle Kommunisten in Oberschlesien tun: Er ver-

suchte leidenschaftlich, seine polnischen Klassenbrüder den Einflüsterungen der Demagogen vom Schlage der polnisch-katholischen Volkspartei zu entreißen. Er trat bei allen Wahlkämpfen gegen die Korfanty und Pilsudski ebenso energisch ein wie gegen die Hitler und Severing, und sein Ziel war das unsere: Eine Arbeiter- und Bauernrepublik in Deutschland, die sich mit den polnischen Arbeiter- und Bauernmassen sehr schnell über alle Grenzfragen im brüderlichen Geiste einigen wird. (Denn eingeklammert zwischen der Sowjetunion und Rätedeutschland wird sich die Pilsudski-Diktatur in Polen nicht lange mehr halten können.)

★

Das Echo, das die Mordnacht von Potempa in den braunen Häusern und in den Luxusvillen der Naziführer gefunden hat, hallt donnernd in den Ohren des ganzen werktätigen Volkes Deutschlands. Die anfeuernden verherrlichenden Worte der Hitler, Göring und Goebbels, ihre liebevollen Telegramme an die verurteilten Bestien, die 1000 Mark Blutgeld, die Hitlers Patgeber Göring an die Familien der Mörder abgeschickt hat — all diese Worte und Taten werden unauslöschlich in die Herzen aller antifaschistischen Werktätigen eingegraben sein. Die da in Beuthen verurteilt wurden, sind nur die allerdings bestialischen Vollstrecker eines Befehles, der täglich ausgegeben wird von Hitler und Goebbels, von Göring und Röhm, von Straßer und Frick. In der Nazi-Parteileitung und SA.-Führung sitzen die intellektuellen Urheber und Auftraggeber des braunen Massenmordes an Proletariern. Die Schande des Mordes von Potempa ist die Schande Hitlers.

Die Mörder, die schossen und schlugen und traten, die örtlichen Führer, die den Unmenschen Alkohol gaben und das Schußziel wiesen, die Goebbels und Hitler, die uns Kommunisten als „Partei der Mordbrenner, die man an die Wand stellen muß" infamieren, Goebbels und Hitler, die so bewußt zum Massenmord an deutschen Arbeitern aufreizen, und schließlich diejenigen, die Goebbels und Hitler als koalitionswürdige Partner behandeln und poussieren — sie alle verbindet die eiserne Kette der Schuld an dem, was in Potempa und hundert anderen Orten Deutschlands geschah.

Man mußte angesichts der sonnenklar zutage tretenden planmäßigen Vorbereitung und tierisch gemeinen Ausführung der Mordtat fünf der neun Angeklagten — einer ist flüchtig — formal zum Tode verurteilen. Aber schon macht sich die ganze bürgerliche Presse stark für die Begnadigung der Unholde. Und sie entlarvt dabei unfreiwillig das Urteil gegen die Nazis als nicht ernst gemeinten Auftakt zu den sehr ernst gemeinten Todesurteilen, die in Zukunft von den Sondergerichten gegen Antifaschisten gefällt werden sollen. Die Nazimörder sollen begnadigt, aber diejenigen, die sich gegen sie in Notwehr befinden, zum Tode verurteilt und das Todesurteil vollstreckt werden. Wörtlich schreibt die „Kölnische Zeitung":

„Wir würden es nicht für bedenklich halten, wenn der Reichskommissar von dem Begnadigungsrecht Gebrauch machen würde. Er müßte dann allerdings zu verstehen geben, daß bei neuen Gewalttaten Urteile rücksichtslos vollstreckt werden würden."

Die Köpfe der Antifaschisten sollen rollen. Das fordern die Kapitalisten von den Sondergerichten, die ja schon so manche Probe abgelegt haben, zum Beweis, wie zahm sie gegen Nazis und wie drakonisch streng sie gegen die Feinde Hitlers und Papens sein können. Wir denken an Ohlau. Wir denken an die Hunderte Antifaschisten, die noch den Sondergerichten ausgeliefert werden sollen, deren Richter und Staatsanwälte in nur zu vielen Exemplaren mit den Nazis sympathisieren, wenn sie nicht gar direkte Mitglieder dieser Partei sind. Und darum rufen wir: Fort mit den Sondergerichten!

Was aber die Nazimörder anbetrifft, so kann die Abrechnung mit ihnen nur die Sache des Proletariats sein. Von einer Regierung, die denselben Hitler zum Vizekanzler machen will, der sich den Mördern von Potempa in „unbegrenzter Treue verbunden fühlt" — von dieser faschistischen Regierung ist nichts anderes zu erwarten als die Begnadigung der Mörder oder die Anweisung zum Wiederaufnahmeverfahren, was auf dasselbe hinausläuft.

Es gibt nur einen Richter, der hier richten kann und richten wird: das deutsche Proletariat. Vor seinem Tribunal werden die verhetzten SA.-Leute nur eine untergeordnete Rolle spielen. Aber auf der ersten Reihe der Anklagebank, da werden sitzen die Hitler und Goebbels und ihre großindustriellen und großagrarischen Geld- und Auftraggeber. Die Volksmörder werden Rede und Antwort stehen müssen und von Arbeiter- und Bauernrichtern ein Urteil empfangen, bei dem es keine Berufung, keine Wiederaufnahme, keine Begnadigung gibt.

Die braune Pestbeule wird ausgebrannt — in Rätedeutschland.

Trotz aller Drohungen der braunen Banden eröffnet Klara Zetkin den Reichstag!

Am 30. August soll der Reichstag tagen, und Herr Loebe kann es nicht verabsäumen, sich schon vorher in Erinnerung zu bringen. Er tut dies selbstverständlich bei der stärksten Fraktion des Reichstags, bei den Nazis. Der „Völkische Beobachter" nimmt schmunzelnd davon Kenntnis. Es handelt sich um die Besprechung der Vertreter sämtlicher Fraktionen wegen der Neuverteilung der Sitzungs- und Arbeitsräume, sowie der Plätze im Plenarsaal. Bei dieser Gelegenheit erklärte Loebe, daß er starke Bedenken habe, die Leitung der ersten Sitzung des Reichstags der Alterspräsidentin, der Kommunistin Klara Zetkin anzuvertrauen. Loebe erklärte, sie sei bereits so altersschwach und gebrechlich, daß sie die einzelnen Abgeordneten nicht einmal mehr erkennen könne.

Genosse Torgler gab Herrn Loebe sofort eine klipp und klare Antwort. „Wenn Genossin Klara Zetkin reisefähig ist, wird sie auch die erste Sitzung des Reichstags leiten." Der „Völkische Beobachter", der den Bericht von dieser Aussprache in seiner gestrigen Ausgabe abdruckt, verabsäumt es nicht, wieder die schmutzigsten Drohungen gegen Klara Zetkin auszustoßen. Er schreibt:

„Mir Nationalsozialisten werden den Moskauer Herrschaften die rechte Antwort zu geben wissen."

Die deutsche Arbeiterklasse wird die geplanten Provokationen der Nazis gegen unsere Genossin Klara Zetkin mit der Steigerung der Antifaschistischen Aktion beantworten.

Unsere Behauptung bleibt!

ADGB.-Führer marschieren ins Lager des Faschismus

Endlich, nach Tagen des Schweigens, findet der „Vorwärts" die Sprache wieder. Statt sachlicher Antwort wüstes antikommunistisches Geschimpfe. Stampfer sei niemals für Präsidialregierung eingetreten. Fühlungnahme zwischen Regierung und ADGB.-Führern habe niemals stattgefunden. Das Mißtrauensvotum der SPD. gegen Papen sei das Zeugnis ihrer „schärfsten Opposition".

Wir lassen nicht locker. Keine Hysterie des SPD.-Organs kann uns davon abhalten, aufzuzeigen, wie seine Führer hinter den Kulissen die Arbeiterbewegung verhandeln.

Was heißt es anders als die Tolerierung einer Präsidialregierung, wenn Stampfer in einer Funktionärversammlung des 14. Kreises am 16. August wörtlich ausführte:

„Manche Parteigenossen sorgen sich darum, daß die SPD. jetzt Papen tolerieren könnte. Wir wären politische Esel, wenn wir das täten. Aber irgendwie muß regiert werden. Und die einzig brauchbare Möglichkeit liegt in der Schaffung eines Präsidial-Beamtenkabinetts."

Wir bleiben bei unseren Behauptungen, daß die Fühlungnahme zwischen Schleicher und ADGB.-Führung stattgefunden hat. Wir stellen fest, daß die SPD.- und ADGB.-Führer sich zur stillen Unterstützung des Papen-Kabinetts unter der Bedingung bereit erklärten, daß das Kabinett „ernstliches beim Arbeitsbeschaffungsprogramm" durchführen werde. In derselben Linie der Unterstützung der faschistischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen liegt die Erklärung des Reichsbannerführers Gebhardt in der am 17. August stattgefundenen Tagung des Landgemeindetags, in der Gebhardt nach einem Referat des Nationalsozialisten Kornemann über Arbeitsbeschaffung wörtlich ausrief, daß „der heutige Tage der schönste seines Lebens gewesen sei."

Wir wiederholen, was der sozialdemokratische Abgeordnete Klotz wörtlich in seiner jüngsten Korrespondenz zu den SPD.-Anträgen im Reichstag schreibt:

„Die Reichstagsabgeordneten der NSDAP. stehen vor ihrer Feuerprobe. Wenn auch nur ein paar der Abgeordneten der NSDAP. die Hand reichen sollten .. dann wird die Sozialdemokratie diese Hand nicht zurückweisen."

Der „Vorwärts" leugnet noch. Aber das langjährige Koalitionsblatt der SPD., das Berliner „12-Uhr-Blatt" muß gestern schreiben:

„Der Reichskanzler hat nämlich zusammen mit dem General von Schleicher auch die Führer der Zentrumsgewerkschaften empfangen, genau wie die der freien Gewerkschaften."

„Geisteskrank", „schändlich", so bezeichnet der „Vorwärts" unsere Enthüllungen. Jawohl, schändlich, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Forderung auf „Verstaatlichung der Privatbetriebe" durch die faschistischen Machthaber als „Aufbau des Sozialismus" ausgibt. Jawohl, schändlich, wenn sie eine parlamentarische Opposition gegen das Papen-Kabinett als „schärfste Opposition gegen die Regierung" proklamiert. Schändlich eine Parteiführung, die im Parlament zum Kampfe ruft, während sie hinter den Kulissen die Konzentration aller faschistischen Kräfte durch Tolerierung unterstützt.

Hitler fordert Brotlosmachung von 800 000 Arbeitern und Angestellten

Durch dick und dünn mit den Tributmächten gegen die Sowjetunion

Goebbels schweigt sich aus. Auf unsere Feststellungen, daß auf Verlangen von Thyssen und Konsorten einige entscheidende Punkte des Naziprogramms abgeändert wurden, weiß der Mordhetzer Goebbels immer noch keine Antwort. Sie sollte ihm auch schwer fallen. Hat doch Hitler in einer Unterredung mit dem Berliner Hauptkorrespondenten der „Associated Preß" in der provozierendsten Weise die von der „Roten Fahne" festgestellten Aenderungen des Naziprogramms bestätigt.

Auf die Frage des Korrespondenten, ob die nationalsozialistische Bewegung zu den kapitalistischen Großkonzernen in Opposition stehe, und ob Hitler sie sozialisieren wolle, erklärte Hitler:

„Ich werde nie so töricht sein, alle großen Konzerne zu beseitigen. Man kann Lokomotiven nicht in Schmieden bauen, noch Ozeandampfer bei Großbauern; man kann auch keine Automobile mit der Hand herstellen. Andererseits muß man sich auch vergegenwärtigen: Wir leben fast in unmittelbarer Nachbarschaft eines Landes, in dem der Kommunismus ausschließliches Dogma ist, und wo man versucht, ihn auch durchzuführen. Wir haben Millionen von Arbeitslosen in unserem Lande. Nur wenn das Eigentum unter den vielen Millionen unseres Volkes verteilt ist, und wenn jedermann an den Gütern der Welt teil hat, können wir hoffen, der Privateigentumsfeindlichen kommunistischen Idee eine geeignete Schranke zu ziehen."

Hitler ist für die großen Konzerne, für Thyssen und Co., deren Gelder er für seine mordende SA. benötigt. Hitler gesteht offen den Zweck der sozialen Demagogie der NSDAP. ein. Aus Furcht, daß die Arbeitermassen Deutschlands dem Beispiel der Sowjetunion folgen, — und Hitler gibt selbst zu, daß der Sozialismus in der Sowjetunion aufgebaut wird, — betreibt die Nazipartei die frechsten Betrugsmanöver. In seiner Todfeindschaft gegen die Sowjetunion verlangt Hitler jetzt von der Papen-Schleicher-Regierung den Abbruch aller Beziehungen Deutschlands zu Sowjetrußland.

Wir sind in der Lage, der ganzen deutschen Arbeiterklasse folgende alarmierende Tatsache zur Kenntnis zu bringen:

Vor einigen Tagen hatte der Vertreter einer namhaften ausländischen Zeitung eine Unterredung mit Hitler in Berchtesgaden, wo ihm Hitler unter anderem erklärte, daß er für den sofortigen Abbruch aller Beziehungen Deutschlands zu Rußland sei. Als ihn der Pressevertreter darauf aufmerksam, daß Hitler dabei vergäße, daß in Deutschland an die 800 000 Arbeiter von den Rußlandaufträgen leben, erklärte Hitler, daß das eine ganz untergeordnete Frage sei.

Ob weitere hunderttausend Arbeiter brotlos werden und auf die Straße fliegen, das kümmert Hitler nicht. Wenn es gegen die Sowjetunion geht, dann ist der Nazipartei alles recht.

Kann man noch offener seine kapitalistische und arbeiterfeindliche Haltung zum Ausdruck bringen? Hier wird auch der ehrliche SA.-Proletarier begreifen, daß all die schönen Phrasen von nationaler und sozialer Befreiung nur der Deckmantel für die Unterstützung der kapitalistischen Räuber und Ausbeuter sind.

Gegen Knechtschaft und Ausbeutung kann auch der SA.-Proletarier nur kämpfen, wenn er sich einreiht in die Front des antifaschistischen Massenkampfes.

Revolutionäres Bekenntnis vor dem Reichsgericht

„Nur die KPD. wird die Parasiten zum Teufel jagen!"

Vor einigen Tagen wurde vor dem Reichsgericht in Leipzig gegen die Berliner Arbeiter Bahl, Schlinge und Kubusch wegen Anklebens von Zetteln verhandelt. Diese Zettel wurden insofern als hochverräterisch bezeichnet, als darauf die „Rote Berliner Schupozelle" an ihre Kollegen appellierte, sich nicht von den faschistischen Offizieren mißbrauchen zu lassen. Die drei Arbeiter beantworteten die Fragen des Senats auf revolutionäre Weise. Vom Vorsitzenden befragt, ob ihm die Ziele der KPD. bekannt seien, erklärte der Arbeiter Bahl: „Ja, uns ist bekannt, daß nur die KPD. die Parasiten in Deutschland zum Teufel jagen wird, die heute den Erwerbslosen und Rentenempfängern das letzte Stück Brot vom Munde stehlen." Der Arbeiter Schlinge erklärte: „Nur die Kommunistische Partei kann Brot und Arbeit schaffen." Wegen „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens" sprach das Reichsgericht gegen die antifaschistischen Kämpfer folgendes Urteil aus: Paul Schlinge erhielt ein Jahr, zwei Monate, Karl Bahl ein Jahr sechs Monate und Kubusch ein Jahr drei Monate Gefängnis.

Sondergerichtsjustiz!

Das Sondergericht in Ortelsburg, Ostpreußen, verurteilte die Arbeiter Gustav Hinz zu einem Jahr, Siegfried Hinz zu neun Monaten, Goerke und Grabosch zu je vier und Baher und Przygodda zu je drei Monaten Gefängnis wegen Landfriedensbruch. Die Arbeiter wurden im Gerichtssaal sofort verhaftet.

Das Sondergericht in Insterburg verurteilte den SA.-Mann Weißnor wegen gefährlicher Körperverletzung in zwei Fällen und unerlaubten Waffenbesitzes zu der geringen Strafe von fünf Monaten Gefängnis, der berüchtigte SA.-Führer Karnitzky, der bewaffnete Mordüberfälle auf Arbeiter organisierte und anführte und wegen Nötigung, Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt unter Anklage stand, kam mit einer Gesamtstrafe von 1 Jahr 5 Monaten Gefängnis davon.

★

Heute nimmt das Berliner Sondergericht seine Tätigkeit gegen revolutionäre Arbeiter auf. Eine ganze Reihe Antifaschisten stehen wegen „Landfriedensbruchs, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Aufreizung" unter Anklage.

Nicht 16, sondern 50 „Rote Fahnen" verkauft

Durch einen Druckfehler ist im Bericht über den glänzenden Vertrieb der „Roten Fahne" in den Tempelhof-Marienfelder Betrieben die Anzahl der im Betrieb Stock verkauften Exemplare der „Roten Fahne" falsch wiedergegeben worden. Bei Stock wurden nicht 16, sondern 50 „Rote Fahnen" verkauft.

Nazis morden Fichtesportler

Polizei schließt „Brasegena"-Gelände

Unmögliche Maßnahmen gegen das größte Ferien- und Erholungsgelände der Berliner Arbeiterschaft in Nassenheide

Nach Anordnung der Polizei soll am 1. September das Gelände der proletarischen Ferienheim-Genossenschaft „Brasegena" am Großen Plötzsee bei Nassenheide geräumt werden. Die Polizei begründet ihre ungeheuerliche Maßnahme gegen das in jahrelanger mühevoller Arbeit mit Arbeitergroschen errichtete Erholungsgelände mit dem Badeerlaß Brachts und der Behauptung, es sei ein Unruheherd.

Jetzt stellt sich praktisch heraus, gegen wen sich der reaktionäre Badeerlaß des Preußenkommissars Bracht richtet. Jahrelang haben die Berliner Arbeitersportler Groschen für Groschen zusammengetragen, um für Erholung suchende Proleten einen billigen Ferienplatz zu schaffen. Hunderte von Arbeiterkindern, von Jugendlichen, Männern und Frauen, fanden an Sommersonntagen hier am See und am Wald kurze Erholungsstunden, Tausende sind es, die Sommer und Winter das Gelände der „Brasegena" besuchten. Niemand außer den faschistischen Großbauern in der Umgebung hat Anstoß genommen.

Die Polizei behauptet, die auf dem Gelände Lagernden seien „Unruhestifter". Wir lassen als Antwort eine Reihe Tatsachen sprechen.

Zum Mord aufgepeitschte SA.-Banditen lagen Tag für Tag in der Umgebung des „Brasegena"-Geländes im Hinterhalt, um ahnungslose Sportler und Besucher des Geländes niederzustechen und zu schlagen.

Der scheußliche Mord an unserem Genossen Paul Sterley vom 15. Juli dieses Jahres in Teschendorf entlarvt die wirklichen Unruhestifter.

Vergeblich hat man versucht, die bestialische Bluttat in einen Verkehrsunfall umzubiegen. Heute noch ist von keiner Maßnahme gegen den Landjäger Hampel bekannt, der als Erster den Schwindel verbreitete, Sterley sei von einem Auto überfahren worden. Die unermüdliche Arbeit von Fichte-Sportlern und proletarischen Einwohnern von Teschendorf überführte die braunen Banditen. Drei Mitglieder der Nazipartei aus Teschendorf mußten vor Gericht gestellt werden. Sie kamen mit der milden Strafe von 1 bis 3 Jahren Gefängnis davon.

Das ist die Wahrheit! Nazis hetzen gegen das Gelände, Ermorden einen roten Sportler, und lassen einen Ueberfall dem andern folgen. Die Polizei aber behauptet, die „Unruhestifter" seien auf dem „Brasegena"-Gelände zu suchen, und nimmt tausenden Arbeitern den Erholungsplatz.

Monatelang ging die Hetze durch die faschistische Presse Oranienburgs und Umgebung gegen das Fichtelager. Großbauern, Hakenkreuzler vom Schlage der Sterleymörder, forderten die Schließung des Geländes. Heute glaubt die Polizei diese Forderung der Arbeiterfeinde durchführen zu können.

In jedem Betrieb, auf jeder Stempelstelle Berlins muß zur Schließung des „Brasegena"-Geländes Stellung genommen werden. Ein Hagel von Protestbeschlüssen muß einsetzen. Das ganze rote Berlin fordert Aufhebung der Schließung des Brasegena-Geländes!

Hallo, Genossen, sie ist da!

Stoßbrigade „Krassin" in der antifaschistischen Betriebswoche

Unser Zweck und Ziel ist, schlummernde Zellen- und Instrukteurgebiete aus dem Dornröschenschlaf zu wecken. Vier Tage sind wir an der Arbeit und der Erfolg:

11 Abonnenten für die „Rote Fahne".
37 „Rote Post",
13 „Rote Einheitsfront",
16 „Rote Wähler,
52 Antifa-Zeitungen,
14 Landzeitungen,
24 Häuserblockzeitungen (Rest von 259),
163 Antifa-Plaketten,
50 Broschüren verkauft!

Dazu stellte sich noch ein Genosse als Mithelfer zur Sonntag-Landagitation.

Wer macht's nach? Wer kann es besser?

Wir fordern jede Straßen- und Betriebszelle zum Wettbewerb heraus, der immer über je vier Wochen laufen soll.

Die Stoßbrigade hat sich den stolzen Namen „Krassin" zugelegt. Warum „Krassin"? So wie der Eisbrecher „Krassin" sich seinen Weg bahnt durch Nacht und Eis des Polarmeeres, so wollen wir das Eis der Unvernunft und Lethargie brechen.

Uns nach, Genossen! Es lebe die Antifaschistische Aktion!

Stoßbrigade Krassin.

Stahlhelmparade auf dem Flughafen Tempelhof?

Berliner Stadtverwaltung Gastgeber der faschistischen Kriegshetzer — Entfacht Proteststurm!

Wie der Berliner Arbeiterschaft bekannt ist, beabsichtigt der Stahlhelm am 3. und 4. September 1932 in Berlin einen faschistischen Rummel mit Trompetengeschmetter und imperialistischer Kriegshetze aufzuführen. Die Stahlhelm-Leitung hat jetzt die Freigabe des Tempelhofer Flughafens für ihre faschistische Bürgerkriegsparade gefordert. Wie wir erfahren, ist die Berliner Flughafengesellschaft, eine städtische Einrichtung, durchaus nicht abgeneigt, der Forderung des Stahlhelm nachzukommen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Flughafengesellschaft hat sich bereits in einem Schreiben an sämtliche Aufsichtsratsmitglieder gewandt, worin ersucht wird, die Zustimmung zu der Kriegshetzveranstaltung auf dem Tempelhofer Flughafengelände zu geben. Es wird darin besonders betont, daß der Reichspräsident als Ehrenmitglied des Stahlhelms an dieser Veranstaltung teilnimmt.

Das bedeutet weiter nichts, als daß sich die Berliner Stadtverwaltung mit ihrem sozialdemokratisch-bürgerlichen Magistrat als Gastgeber der faschistischen Kriegshetzer vom Stahlhelm aufspielt.

Es war eine Selbstverständlichkeit, daß die kommunistischen Mitglieder des Aufsichtsrates der Berliner Flughafengesellschaft sofort beim Vorsitzenden gegen die beabsichtigte Freigabe des Flughafens für den Stahlhelm Einspruch erhoben hat.

Das rote Berlin muß sich geschlossen hinter die kommunistischen Mitglieder des Aufsichtsrates stellen.

Durch alle Betriebe und Stempelstellen Berlins muß ein Proteststurm gehen.

Nie dürfen sich die Werktätigen Berlins damit einverstanden erklären, daß städtische Einrichtungen, die aus ihren Steuergeldern geschaffen wurden, faschistischen Bürgerkriegsparaden zur Verfügung gestellt werden. Kein Quartier, kein Tropfen Wasser den Soldknechten des Stahlhelm, das ist die Parole des roten Berlins.

Der Arbeitersportler

Kastans Panoptikum in Friedrichsfelde

Am Sonntag, dem 21. August, war ich in einer Rote-Hilfe-Veranstaltung. Nur das sportliche Programm durfte durchgeführt werden. Jeder Hinweis auf die politische Lage war verboten. Aber die schwarz-weiß-rote Seite konnte in Friedrichsfelde trotz Burgfrieden demonstrieren. Der Kriegerverein hatte ein großes Fest. Morgens Kirchgang, nachmittags Aufmarsch. Es kamen an 30 Vereine. Alles schwarz-weiß-rote Schattierungen. Sie demonstrierten durch das ganze Dorf Alt-Friedrichsfelde in alten Friedensuniformen.

Es sah aus, als wenn Kastans Panoptikum spazieren geführt würde. Zwei Herolde an der Spitze sahen aus, als wenn der Hauptmann von Köpenick gejungt hätte. Und die Ehrenjungfrauen sind nur solche vielleicht in den Nasenlöchern.

Der Magistrat Lichtenberg ließ vor dem Zug Sprengwagen fahren, damit die Etappenkrieger nicht schlapp machen sollten. Alles für unsere Steuergroschen.

Kolonie Pappel unter SA.-Terror

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde der Kolonist Staege, der in der Kolonie Pappel in Wittenau eine Laube bewohnt, von den SA.-Banditen Stadelmann und Reinhold Steffen aus Wittenau überfallen. Die Nazis hatten Pistolen in der Hand. Der Arbeiter Staege konnte noch über Nachbarzäune hinweg fliehen. Steffen schoß hinter dem Arbeiter her, ohne zu treffen. Die telephonisch alarmierte Polizei lehnte es ab, in den Wohnungen der bezeichneten SA.-Leute nach Waffen zu suchen.

Ganz anders benahm sich die Polizei, als in der Kolonie Heinze vor vier Wochen die Nazis bei einer Flugblattverteilung aus der Kolonie gejagt wurden. Da durchsuchten die Polizisten alle Lauben, schlugen die Zwischenwände entzwei und fanden doch keine Waffen. Die Arbeiter Pijaki und Höffner wurden verhaftet und sitzen heute noch in Moabit in Untersuchungshaft.

Nazis prügeln nur drei gegen einen

Gestern vormittag um 11 Uhr in der Friedrichstraße; drei braune Jacken schlaksen in Richtung Belle-Alliance-Platz. Sie machen sich alle breiter als ihre Hemden. An der Ecke Leipziger Straße plötzlich Gebrüll. Sie versuchen, einen jungen Arbeiter, der ein Paket trägt, zu verprügeln. Als ein anderer Arbeiter, der das Antifaschistische Aktionsabzeichen trug, dazu kommt, reißen die drei Helden aus. Kommentar überflüssig.

Drei Minuten „Volkspolizei"

Am Montagabend zwischen 6,55 und 7 Uhr kleiner Zwischenfall. Vor dem Hause Rosenthaler Straße 13 hält ein Obstwagen. Ein Polizeiflitzer Nr. 16 910 kommt heran. Der Händler wird aufgeschrieben, es ist schon 7 Uhr. Ein junger Mann steht stumm dabei. Plötzlich springt ein Polizist vom Auto, stößt den Mann vor sich her und haut aus Leibeskräften mit dem Gummiknüppel los. Als ein anderer Passant die Dienstnummer verlangt, schreit er, das habe er nicht nötig.

Krank und hilflos auf die Straße gesetzt

Nicht einmal im Obdachlosenasyl ist Platz für einen Kriegsbeschädigten

(Kriegsinvalidenkorrespondenz)

„Folgende Tatsachen möchte ich allen Proletariern vor Augen führen, um ihnen zu zeigen, was die Gesundheit und das Leben derjenigen wert ist, die sich in den Jahren des Krieges für das Vaterland geopfert haben.

Bei der Explosion einer Pulverfabrik 1917 in Hennigsdorf holte ich mir ein schweres Leiden, Epilepsie.

Arbeitslos und wohnungslos wurde ich am 28. Juni d. J. in die Krankenstation des städtischen Obdachs eingeliefert. Diagnose: Epilepsie mit Erregungszuständen. Ich wurde isoliert.

Da ich in der Zeit vom 28. Juni bis 8. Juli allein vier schwere Krampfanfälle hatte, wäre es Pflicht des Arztes gewesen, mich in eine Heilstätte zu überweisen. Doch man hat nur Geld und Heilstätten für die Reichen. Am 22. August wurde ich von dem mich behandelnden Arzt als gebessert entlassen, obwohl meine Temperatur schon morgens 37,6 betrug. Ferner befand ich mich im Zustand besonderer Erregung. Als klassenbewußter Arbeiter sehe ich mich verpflichtet, den Namen dieses Arztes bekannt zu geben.

Es ist der Bruder des Nazi-Staatsanwaltes Freiherr von Steinäcker.

Arbeiter, euch soll dieses Beispiel zeigen, wie eure arbeits- und obdachlosen kranken Brüder behandelt werden. Mangelhafte Medikamente und allgemeiner Kasernenfraß, dazu hochmütiges ironisches Verhalten des Personals. Insbesondere das Verhalten des Oberarztes zeigt in jeder Hinsicht mangelnde Fähigkeit zur Leitung einer Station. Sein Wesen charakterisiert der Name, den ihm die unglücklichen Obdachlosen gegeben haben. Er heißt für sie nur „Knochen-Karl". Wer sich seinem herrischen Willen nicht fügt, fliegt, ob krank oder gesund.

Vollständig hilflos setzte man auch mich aufs Pflaster. Nur meine Zugehörigkeit zur Roten Hilfe bewahrte mich vor dem verzweifelten Schritt des Selbstmordes. Denn, Genossen, einst wird und muß der Tag kommen, wo die Arbeiterschaft geeint und stark die soziale Fürsorge für ihre kranken Brüder übernimmt.

Friedrich Behm."

Morgen tagt Aufsichtsrat der BVG.

KPD. vertritt Mieterforderungen der BVG.-Arbeiter

In mehreren Mieterversammlungen der BVG.-Siedlungen wurden Beschlüsse auf Herabsetzung der Miete gefaßt. Die kommunistischen Aufsichtsratsmitglieder der BVG. nehmen die Forderungen der BVG.-Arbeiter auf und stellten an den Aufsichtsrat einen Antrag auf Herabsetzung der Mieten der BVG.-Arbeiter.

Nunmehr hat der Aufsichtsratsvorsitzende zum Donnerstag, dem 25. August 1932, vormittags 10,30 Uhr, im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes der BVG., Leipziger Str. 40 III, eine Aufsichtsratssitzung einberufen, wo der kommunistische Antrag zur Beratung steht.

Jetzt liegt es an den BVG.-Arbeitern, diesen kommunistischen Antrag zu unterstützen.

Stadtverordnetenvorsteher für Unterstützungsabbau

Einberufung des Stadtparlaments abgelehnt

Am 11. August forderte die kommunistische Stadtverordnetenfraktion von dem sozialdemokratischen Stadtverordnetenvorsteher die sofortige Einberufung einer Stadtverordnetenversammlung zur Beratung der kommunistischen Dringlichkeitsanträge auf Rückgängigmachung des von dem Berliner Oberbürgermeister angeordneten Unterstützungsabbaus.

Nunmehr teilt der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher, der Deutschnationale Domke, mit, daß er die Einberufung einer Ferientagung ablehnt. Der sozialdemokratische Stadtverordnetenvorsteher Haß versteckt sich also hinter den Deutschnationalen Domke.

Zwangsvermittlung an Arbeitsdienst

„Freiwillig" und doch gezwungen — Jungarbeiter, aufgepaßt!

Wir veröffentlichen nachstehend einen Brief des Amtsgerichts Berlin-Mitte an eine Arbeiterfrau, die die Vormundschaft über einen erwerbslosen Jugendlichen hat.

„Sie wollen als Vormund nunmehr ernstlich Sorge tragen, daß Fritz in Arbeit tritt.

Da der freie Arbeitsmarkt überfüllt ist, so hat Fritz, den Sie als Mutter in geeigneter Weise beeinflussen wollen, sich mit seinen Papieren sofort bei dem zuständigen Arbeitsamt zwecks Verwendung beim freiwilligen Arbeitsdienst zu melden. Sie wollen binnen einem Monat berichten, daß dies geschehen ist.

Auf Anordnung: Lenz, Justizangestellte."

Es ist anzunehmen, daß auch andere Vormunde ähnliche Aufforderungen erhalten haben. Diese Aufforderung ist ein warnendes Signal für alle Jungarbeiter. Gewaltsam sollen die Jungerwerbslosen in die Zwangsjacke der faschistischen Arbeitsdienstpflicht gepreßt werden. Nur in Antifaschistischer Aktion können die Hunderttausende Jungerwerbslose verhindern, daß sie zu Lohndrückern und Soldknechten des Faschismus gemacht werden. Der 18. Internationale Jugendtag steht bevor. Er muß zu einem großen Kampftag der proletarischen Jugend gegen den faschistischen Arbeitsdienst werden. Jungproleten Berlins, rüstet!

Ja, ja, die Hitze

Nahrungssorgen bei 43 Pfennig pro Tag ausgeschlossen

„An die ‚Rote Fahne'!

Unter der Rubrik: ‚Zehn Lebensmüde an einem Tag' erschien die Mitteilung, daß die 27jährige Elsa Westphal sich aus Nahrungssorgen aus dem Fenster ihrer Wohnung, Hirtenstraße 18, gestürzt hat. Dies entspricht nicht der Wahrheit. Sie hat sich nur deswegen das Leben genommen, weil man ihr die Unterstützung von 16 Mark 14täglich auf 5,80 Mark 14täglich gekürzt hat. Nahrungssorgen und wirtschaftliche Not schalten vollkommen aus.

Ich bitte die Redaktion der ‚Roten Fahne', die Berichtigung in der nächsten Nummer bekanntzugeben.

Friedrich Hentschel, Hirtenstraße 18, v. IV."

Wir bringen diese „Berichtigung" und jeder Kommentar wäre eigentlich überflüssig. In der Tat, wie könnte ein Mensch auch nur auf den Gedanken kommen, daß dort, wo die Unterstützung von 16 Mark 14täglich auf 5,80 Mark heruntergedrückt worden ist, als Motiv wirtschaftliche Not und Nahrungssorgen anzunehmen wäre. Im Gegenteil: jeder vernünftige Mensch wird einsehen, daß man mit 5,80 Mark 14täglich, was einen Durchschnitt von 43 Pfennig im Tag ergibt, in Saus und Braus dahinleben kann. Ein Mensch, der über ein Einkommen von 43 Pfennig am Tag verfügt, bei dem schalten in der Tat Nahrungssorgen und wirtschaftliche Not — wie es in der „Berichtigung" wörtlich heißt, vollkommen aus.

Rotes Sommerfest

im Berliner Prater, Kastanienallee 7 bis 9, am Sonnabend, dem 27. August, nachmittags 4 Uhr.

Aus dem reichhaltigen Programm: Th. Adams, Kunstradfahrer; Musik: Schalmeienkapelle; Jiu-Jitsu-Schaukämpfe; Gymnastik der roten Sportler; Valeska Gert, Charaktertänze; Julian Markus, proletarische Tänze; Dreikampf der Hebermannschaft Fichte-Mitte, Kunstturnen am Reck; Kinderbelustigungen.

Eintritt 24 Pfennig. Kinder in Begleitung Erwachsener frei. Verbilligte Getränkepreise. Riesentombola (1000 Gewinne).

Wie wird das Wetter?

Ziemlich kühl, zeitweise aufheiternd, nur vereinzelte Schauer, mäßige bis frische nördliche Winde.

Dem „Angriff" aufs Lügenmaul

Nach vier Jahren genug von „Hitlers herrlicher Bewegung"

Die „Rote Fahne" konnte die Berliner Arbeiter in den letzten Wochen fortlaufend über Zerfallserscheinungen in den verschiedenen Stürmen der Berliner SA., der wichtigen Reklame- und Terrortruppe der Hitlerpartei, informieren. Das ist den Herren der „Angriff"-Redaktion auf die empfindlichen Pathologennerven gegangen.

Im „Angriff" vom Dienstag müht sich nun irgendein hoffnungsloser Kleinbürger, der „Roten Fahne" zu antworten. Er hat ein „rauhes, aber herzliches" Schreiben von SA.-Leuten aus der Kleinen Andreasstraße an die „Rote Fahne" gedichtet.

Rauh aber herzlich, da meint der junge Mann den fröhlichen Sauherdenton der SA.-Exerzierstunde, der sich in seinem kleinen Kleinbürgerhirn wahrscheinlich als „proletarischer Ton" darstellt. Eine Maschinenseite lang schleimt sich der Kerl aus: „Latrinenparolen, Wahnsinn des Marxismus und dreckige Juden" sind die eisernen Bestandteile des kleinen Presse-Angriff.

Was ist denn wirklich los?

Wir haben über die SA.-Rebellionen am 1. August berichtet. Der „Angriff" schwieg, unsere Angaben waren konkret.

Wir haben über 22 Austritte aus der Dahlemer SA. berichtet, der „Angriff" schwieg.

Wir berichteten über Spannungen zwischen proletarischen Teilen der SA. und den Kleinbürgern, Villenbesitzern und Kapitalisten der Parteisektionen, die schon zu Prügeleien wuchsen.

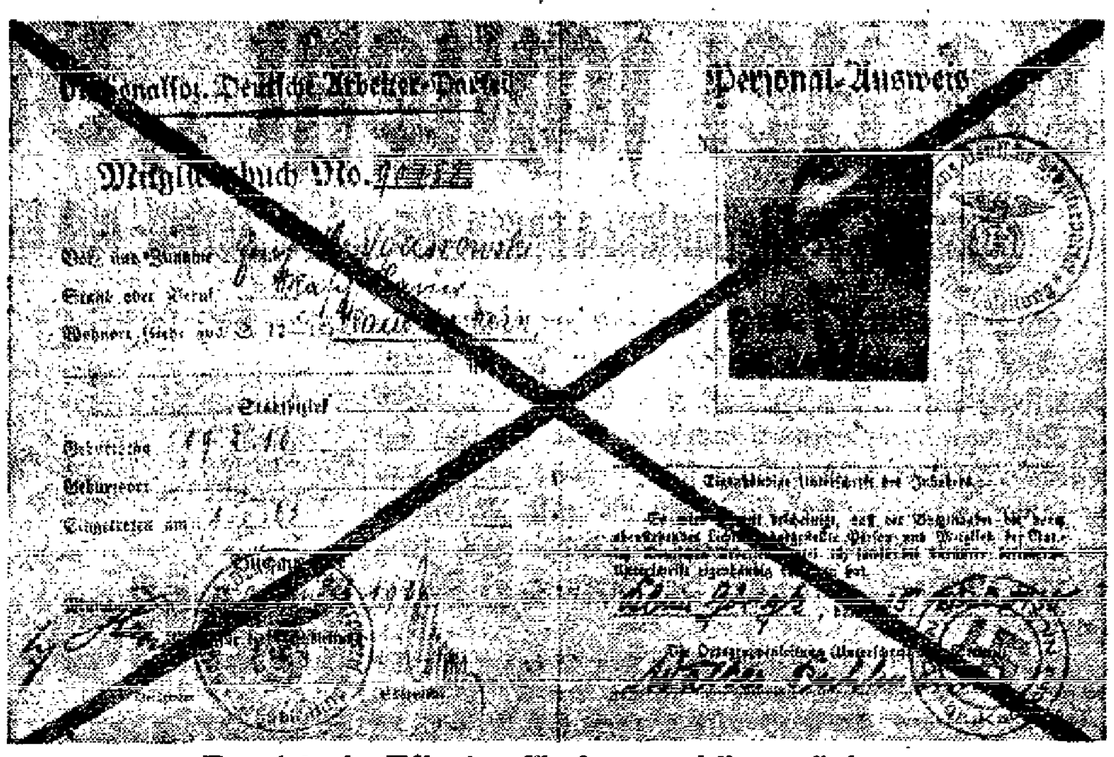
Der „Angriff" schwieg.

In der SA. gärt es. Streit, Diskussionen, trotz des SA.-Urlaubs in allen Berliner Stürmen, unklarer Klasseninstinkt, betrogene Hoffnungen der enttäuschten Proleten machen den kleinbürgerlichen Phraseuren von Goebbels bis Hitler den Boden heiß.

Da macht sich die Ratlosigkeit der Hühnergehirne in so kleinen stinkenden Spritzern, wie oben geschildert, Luft.

Wir verstehen die heikle Situation der Banditen, wir können sie weiter in die Enge treiben.

Ein enttäuschter Naziprolet kam in unsere Redaktion. Wir zeigen im Bild sein Nazi-Mitgliedsbuch, das er uns voller Wut auf den Tisch warf. „Erich Czyganowski, Maschinenbauer". Schlagen wir dieses Mitgliedsbuch auf. Der Arbeiter hat drei — vier Jahre Beitragsmarken für „Hitlers herrliche Bewegung" geklebt, dann hatte er endlich die Nase voll. Dann kam er zur Besinnung.



Das ist ein Pflaster für braune Lügenmäuler

Ein ehemaliger Naziprolet, der in Hinterhauswohnungen mit Proletariern zusammenwohnt, die die arroganten Hitlerbarone auch als Untermenschen bezeichnen, wurde Mitglied der Kommunistischen Partei, Kämpfer in der Antifaschistischen Aktion.

Jetzt kann der „Angriff"-Gymnasialschüler, wenn er Lust hat, sein armseliges Gehirn wieder zu einer sogenannten „Erwiderung" hochpeitschen. Die Arbeiter haben die Beweise.

Rote Hilfe im Saalbau Friedrichshain

Großes Sommerfest der Roten Hilfe am Sonnabend, dem 27. August im Saalbau Friedrichshain. Das Fest der 7000. Programm: Gartenkonzert Blasorchester Fichte-Berlin, Fanfarenkorps Fichte-Ost. Sportliche Darbietungen Fichte-Nordost, Rezitationen und Songs. Riesentombola, Tanz. Einlaß 4 Uhr, Anfang 5 Uhr. Eintritt 50 Pfennig, Erwerbslose 30 Pfennig.

721 252 × 10

721 252 Wähler hatte die Kommunistische Partei bei der letzten Reichstagswahl in Berlin. Wenn jeder davon einen Groschen für den Kampffonds der Antifaschistischen Aktion gibt, dann bedeutet das einen Faustschlag gegen den Faschismus. Das bedeutet hunderttausende rote Flugblätter und Broschüren. Antifaschisten Berlins! Das müssen wir schaffen.

Keiner wird ablehnen

einen einzigen Groschen zur Stärkung unseres Kampffonds zu geben. Wir müssen es nur organisieren. Also, Genossen: Sammellisten während der Antifaschistischen Betriebswoche in jedem Betrieb.

Mike Pell:

S.S. UTAH

Roman einer amerikanischen Schiffsmannschaft

Copyright by Internationale Arbeiter-Verlag, Berlin C 25

10. Fortsetzung

Aus Smith jr. pimpliger Stirn brach dicker Schweiß. Er, Everett Lloyd Smith jr., Sohn eines prominenten Architekten in Washington, lief Gefahr, seine Gesundheit zu verlieren, und man erlaubte ihm nicht, an Land zu gehen, zu einem Arzt!

„Ich springe in eine Taxi und werde im Handumdrehen wieder zurück sein."

„Nichts zu machen! Dies Achteraussacken*) hat uns schon zu viel gekostet. Eine Hand an der Maschine fehlt ohnehin schon. Weißt du überhaupt, was es kostet so'n Schiff wie dieses nur eine halbe Stunde lang aufzuhalten?"

Zwei Glasen klangen über das Schiff.

„Da, zwei Glasen ist es schon. Verschwinde hier! Raus und mach deine Tallyarbeit!"

Smiths Augen leckten.

„Und außerdem kannst du absolut nichts feststellen, wenn nicht mindestens 72 Stunden verstrichen sind!"

Zum erstenmal in seinem Leben fühlte sich Everett Lloyd Smith junior als Untergebener.

„Rotet mal . . ."

Stockholm!

Slim nahm Kurs auf den Bahnhof, um dort eine amerikanische Zeitung zu kaufen. In der Hauptstraße hörte er jemand auf der gegenüberliegenden Seite der Straße pfeifen. Es war der Chief-Ingenieur, der ihm signalisierte, er möge rüberkommen. Der Chief hielt eine große Tüte in der Hand.

„Wie gefällt dir mein neuer Bonni, Roger?"

Slim war erstaunt, daß der Chief seinen Namen wußte. Noch mehr erstaunte er darüber, daß der Chief sich herabließ, seine Meinung über einen Hut einzuholen. Der Chief war ein dicker Mann in mittleren Jahren. Er trug eine Brille und war keineswegs ein Dandy. Aber er war als ein ehrlicher Kerl bekannt, und seine Leute mochten ihn gern.

„Steht Ihnen gut, Chief. Gerade eben gekauft?"

„Ja."

Der Chief betrachtete Slim mit seinen offenen gutmütigen Augen.

„Was meinen Sie, wir trinken 'ne Tasse Kaffee."

„Einverstanden, Chief."

Sie gingen in ein nahes Café und der Chief suchte sich einen Tisch in der Ecke, von dem aus er die Eingangstür überwachen konnte.

„Was willst haben, Rogers?"

„Ich nehme eine Tasse Kaffee."

„Zwei Kaffee!" befahl der Chief. Dann wandte er sich Slim zu. „Ich wollte schon lange mal mit Ihnen sprechen. Aber Sie wissen ja, wie es an Bord ist, besonders bei so einem Alten, wie wir ihn haben."

Slim nickte.

„Zuerst mal, was war das für ein Krach, den Sie mit dem Kapitän über Literatur gehabt haben?"

Slim erzählte die Geschichte und fügte offen hinzu:

„Bisher habe ich den Spitzel noch nicht ausfinden können."

„Den kann ich Ihnen nennen," sagte der Chief leichthin.

Hastig beugte Slim sich vor: „Wer?"

Sein Eifer ließ den Chief nachdenken.

„Well, ich will es Ihnen sagen", meinte er dann. „Aber fangen Sie mir an Bord kein Massaker an!"

„Ich kann für seine Haut nicht garantieren."

Leise lächelnd sah ihn der Chief an. „Viel Sympathie habe ich für den Kerl auch nicht, aber ich habe Gründe, jedes Palaver darüber zu vermeiden."

Aus den Worten Chiefs schloß Slim, daß es niemand vom Vormast sein könne.

„Well, natürlich, Chief. Wenn das zu Ihrem Schaden wäre, würde ich nichts unternehmen."

„Versprechen Sie?"

„Ja. Wer war's?"

„Der Steuermann. Der erste Steuermann. Er hat Sie die ganze Reise eingehend beobachtet und ab und zu, wenn Sie auf Wache sind, dann schleicht er ins Logis und schnüffelt."

„Das dreckige Stinktier!"

„Sie wissen doch, daß er früher Marineoffizier war? Da hat er diese Tricks gelernt. Und wenn es nach ihm ginge, dann wären wir alle Marinekulis auf SS. Utah."

Der Chief schien verbittert.

„Was ist denn los? Werden Sie gezwungen, den Reserveoffizieren beizutreten."

„Da mußte ich schon lange eintreten. Das müssen wir alle, wenn wir unsere Stellung auch nur eine Minute halten wollen. Nein, es ist etwas anderes, daß mich gerade jetzt ärgert."

Der Kellner brachte den Kaffee. Der Chief trank ein wenig.

„Was mich wütend macht, ist das, daß uns die Reederei wie dumme Jungen behandelt. Besonders mich und mein Ressort. Wissen Sie, daß mir zu Anfang dieser Reise meine Heuer um 25 Dollars gekürzt wurde?"

Slim nickte.

„Und die Maaten verloren 10 Dollars im Monat, die Schmierer und Heizer 5 Dollars und 2½ Dollars."

Slim nickte wieder.

„Ist das nicht ein Dreck? Würde das nicht jeden in Fahrt bringen? Hier sitze ich nun, habe 14 Jahre für diese Reederei gearbeitet und so werde ich behandelt! Zum Teufel, Wenn ich keine Frau hätte und keine drei Kinder, die in die Hochschule müssen, dann würde ich mir das nicht eine Minute lang bieten lassen!"

„Das kann ich verstehen."

„Aber, worüber ich mit Ihnen sprechen wollte, Rogers. — Sie sind ein Roter, nicht wahr?"

Slim blickte ihn an.

„Was ich meine ist ein richtiger Roter, nicht nur so'n Windjack . . . Soviel will ich ihnen sagen, Ich bewundere Sie darum. Jawohl, das tue ich! Der Teufel soll den Alten und den Ersten holen . . . Ich glaube, Sie wissen, daß Sie bald den Sack kriegen werden?"

„Es würde mich nicht überraschen."

„Ja, Sie werden den Sack kriegen. Der Erste und der Alte diskutierten sogar darüber, wie man Sie loswerden kann, ehe der Kasten nach Rußland kommt."

(Fortsetzung folgt)

*) Achteraussacken = ausrücken, im Hafen bleiben.

Imperialistische Grenzsperrung für die Vertreter der einzigsten Friedensmacht

Holländische Regierung will der sowjetrussischen Delegation zum Antikriegskongreß in Amsterdam die Einreise verweigern

Moskau, 22. August. Der Internationale Kampfkongreß gegen den Krieg, dessen Eröffnung am 27. August in Amsterdam bevorsteht, findet das lebhafteste Interesse der Sowjetöffentlichkeit und der Werktätigen. Die Sowjetdelegation zu diesem Kongreß umfaßt die Vertreter der öffentlichen Organisationen der Sowjetunion, so Maxim Gorki, Karl Radek, Schwernik (vom Zentralrat der Gewerkschaften), Stassowa (von der Internationalen Roten Hilfe), Akademiker Joffe, Fedorow (Direktor des Instituts für Experimentaldmedizin).

Die größten Betriebe der Sowjetunion haben in Betriebsversammlungen Delegierte gewählt. Elektrosawod-Moskau schickt die Arbeiterin Proletarskaja, der Betrieb „Krasnij Putilowez" den Arbeiter Markowski und die Traktorenfabrik in Charkow den Genossen Opner.

Bis jetzt ist der Sowjetdelegation noch keine Einreiseerlaubnis erteilt. Die Delegation hat sich an Romain Rolland und Henry Barbusse mit folgendem Telegramm gewandt:

„Da die Sowjetdelegation zum Antikriegskongreß die Genehmigung zur Einreise nach Holland bisher noch nicht erhalten hat, ersuchen wir, alles zu unternehmen, um die Einreisebewilligung zu erwirken."

Dieses Telegramm ist unter anderem von Gorki, Schwernik, Radek und Stassowa unterzeichnet.

Wie die Telegraphen-Union mitteilt, soll die Einreisegenehmigung für Gorki und Radek nicht erteilt worden sein.

Dieser Schlag der holländischen Regierung muß pariert werden. Protestiert in den Betrieben gegen diese Maßnahmen. Faßt Beschlüsse und wählt Delegierte zum Antikriegskongreß nach Amsterdam!

Gesindel!

Diesen für die SPD.-Führer typischen Fall berichtet der „Montag Morgen": Der sozialdemokratische Königsberger Polizeipräsident Tietze, einer der wildesten Kommunistenjäger, merkte kurz vor der Reichstagswahl, daß die Mitgliedschaft in der SPD. keine sichere Garantie mehr für Karriere war. Er meldete sich deshalb beim Zentrum an. Dort wies man ihm aber die kalte Schulter.

Tietze suchte nun noch weiter rechts Anschluß. Aber bevor der noch perfekt werden konnte, war der Staatsstreich vom 20. Juli da, und auch der Königsberger Polizeipräsident fiel der großen Ab-Säge zum Opfer. Was tat der Weimarer Held, dessen Aktionen gegen uns die SPD.-Presse immer wieder verteidigte? Er telegraphierte an Bracht:

„Bin aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten. Stelle mich auch heute, für die Bekämpfung der KPD. zur Verfügung und bitte um anderweitige Verwendung."

★

Sozialdemokratische Klassengenossen! Das ist das wahre Gesicht eurer Führer. Die einen verkriechen sich, wenn ein Reichswehrleutnant mit drei Mann erscheint, und die anderen bieten sich der faschistischen Diktatur unverblümt als Arbeiterschlächter an. Ohne Scham. Ohne Charakter. Ohne Gesinnung. Aber mit Geld- und Postengier und dem Haß gegen alles Proletarische.

Warum wartet ihr, bis sie mit euch Schluß machen? Warum kommt ihr ihnen nicht zuvor?

Gesamte KPD.-Fraktion ausgeschlossen

Weil sie nationalistischen Rummel der Rentenabbauer nicht mitmachte

Gleich bei der ersten konstituierenden Sitzung des neugewählten thüringischen Landtages wurde die gesamte kommunistische Landtagsfraktion von dem nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Marschner für drei Sitzungstage ausgeschlossen. Als Begründung wurde die Weigerung der Kommunisten angeführt, sich an der nationalistischen Demonstration des Landtages für die Opfer des Schulschiffes „Niobe" zu beteiligen. Der wirkliche Grund ist aber in den kommunistischen Anträgen zu suchen, deren Behandlung die reaktionäre Landtagsfraktion möglichst hinausschieben will, weil sie ihre Entlarvung fürchtet.

Die politische Demonstration für die „Niobe"-Opfer wird von derselben Bourgeoisie in Szene gesetzt, die fieberhaft neue Kriege vorbereitet, die zwar von Nationalismus trieft, aber sich nicht scheut, an den kargen Rentengroschen der Kriegsopfer und Hinterbliebenen Abbau auf Abbau vorzunehmen. Wir Kommunisten decken dieses heuchlerische Spiel auf und brandmarken vor der ganzen Oeffentlichkeit, daß die Katastrophe des Schulschiffs „Niobe" von den imperialistischen Kriegshetzern dazu benutzt wird, unter dem Deckmantel nationaler Gedenkfeiern Stimmung für die faschistische Aufrüstungspolitik zu machen.

Im übrigen wurde von der ersten Sitzung des thüringischen Landtages nur die Wahl des Präsidiums vorgenommen. Nazis, Landbund und Deutschnationale, die zusammen über 34 von 61 Stimmen verfügen, wählten zwei Nationalsozialisten und einen Landbündler ins Präsidium. Präsident wurde der Nazibürgermeister Marschner, der bereits unter der Frick-Regierung als Staatsrat fungierte.

Steigert die Sammlung für die streikenden belgischen Bergarbeiter!

Bis heute sind folgende Beiträge zur Unterstützung der belgischen Bergarbeiter bei uns eingegangen:

Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands	200 M.
Reichsleitung des Einheitsverbandes für das Baugewerbe	100 M.
Einheitsverband für das Baugewerbe, Köln	20 M.
Einheitsverband Berliner Metallarbeiter	100 M.

So weiter! Schickt schnell die gesammelten Beträge!

Berlin, 20. August 1932. **Internationales Komitee der Bergarbeiter**

Neue Bombenattentate der Nazis

In der Nacht zum 23. August wurden in Groß-Kleeberg bei Allenstein wiederum eine Reihe von Handgranaten-Attentaten verübt. Wie gewöhnlich heißt es in der bürgerlichen Presse, über die Täter sei nichts bekannt, obwohl auch in diesen Fällen ganz offensichtlich nationalsozialistische Terrorbanden am Werke waren. Zwei Handgranaten wurden auf das Dach des Auffahrtsgebäudes einer Gastwirtschaft geschleudert. Unmittelbar hinter dem Eingangstor wurde in einer Ecke eine Kiste mit Handgranaten gefunden. Im Garten einer anderen Wirtschaft, auf dem Hof eines Postagenten, an dem Türdrücker eines Kaufladens und vor der Kirche wurden insgesamt 18 Handgranaten aufgefunden, die zwar abgezogen waren, aber nicht explodiert sind.

Massenkundgebung im Neuköllner Stadion

Die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Berlin-Brandenburg, des Kommunistischen Jugendverbandes Berlin-Brandenburg und der BVL. des Kampfbundes gegen den Faschismus rufen zur gemeinsamen Massenkundgebung, zum Auftakt für den 18. Internationalen Jugendtag auf.

Am Freitag, dem 2. September, um 18.30 Uhr, im Neuköllner Stadion Kundgebung der **Berliner Arbeiterjugend** unter den Losungen:

Jugend heraus zum Kampf gegen Krieg und Faschismus!
Zum 18. Internationalen Jugendtag!
25 Jahre Jugendinternationale!

Einmarsch der Fahnendelegationen des Massenselbstschutzes, der Sportler und Pioniere und des KJV. und Kampfbundes.

Aus dem Programm: Rotes Sprachrohr, Massensport, Erich Weinert rezitiert, 10 Kapellen, Feuerwerk.

Es sprechen:

Ernst Schneller, ZK. der KPD.

Kam. Schlaffer, 1. Reichsverbandsleiter des Kampfbundes.

Walter Voß, 1. Vorsitzender des KJV. Berlin.

Ein Vertreter der KJI.

Einlaß 5 Uhr, Beginn 6.30 Uhr. Eintritt 10 und 30 Pfennig.

Zutritt für den Reichstag wenn er zusammentritt?

Die Enthüllungen der „Roten Fahne" über die Verhandlungen der Bildung einer Koalitions-Regierung von Schleicher, Straßer und Stegerwald wurden fast von der gesamten bürgerlichen Presse bestätigt. Der Plan der Kräfte, die hinter den Kulissen eine solche Koalitions-Regierung bilden wollen, geht dahin, durch die Hereinnahme Stegerwalds eine Querverbindung zum ADGB. zu haben. Die Auffassungen in der Regierung sind in dieser Frage jedoch keineswegs einheitlich. Vor allem sind Papen und Hindenburg mit dieser „parlamentarischen" Lösung kaum einverstanden.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, gehen die Absichten der Kreise der Regierung um Hindenburg und Papen dahin, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen zur Nationalversammlung auszuschreiben. Diese Wahlen sollen nach dem von der Reichsregierung eingeführten, neuen Wahlrecht vorgenommen werden, und in Regierungskreisen hat man sich bereits dahingehend geäußert, daß die Kommunistische Partei bei der Anwendung des neuen Wahlsystems höchstens 30 Mandate erhalten wird.

Die Pläne, den Reichstag aufzulösen, haben schon ganz konkrete Formen angenommen. So berichtet die „Frankfurter Zeitung" am 23. August folgendes:

„Wie wir zuverlässig hören, wird die Reichsregierung zwar vor den neuen Reichstag, der für den 30. August einberufen ist, treten, aber sie will sich nicht von ihm stürzen lassen, sondern sie wird ihn im Namen des Reichspräsidenten alsbald auflösen."

In dem gleichen Artikel wird davon gesprochen, daß die Koalitionsbildung zwischen Zentrum und Nationalsozialisten kaum gelingen wird.

Alle diese Pläne und Absichten der Regierung zeigen der gesamten Arbeiterschaft die ungeheure Gefahr. Ob Nazi-Koalitionsregierung oder Neuwahl einer Nationalversammlung, der Kurs der Bourgeoisie ist weitere Unterdrückung, weitere Notverordnungen, Arbeitsdienstpflicht, Sondergerichte und Todesstrafe. Die ganze deutsche Arbeiterklasse muß gegen die Absichten der faschistischen Machthaber in Deutschland eine eiserne Phalanx errichten.

Roter Sport

Sportfest in Reinickendorf

Trotz des heißen Wetters traten die roten Sportler zum Sportfest ihres Bezirks restlos an. Nach der Mittagspause setzte der Einmarsch ein, voran in stattlicher Anzahl die Pioniere, ihnen folgten die Sportler aller Sparten. Nach einer Massengymnastik wurde kurz auf die Zwecke und Ziele der roten Sportbewegung hingewiesen. Es folgten Box- und Ringkämpfe, Radrennen, den Rahmen gaben die leichtathletischen Wettkämpfe. Allgemeines Interesse fand das Motorrad-Geschicklichkeitsfahren. Während dieser Vorstellungen kämpften unsere Fußballer und Handballer, Hockeyspieler und im Faustball weiter auf den fünf Plätzen. Sondervorführungen der Frauen und Kinder sowie ein Sprechchor betonten den sportpolitischen Charakter unserer Veranstaltung. Den Abschluß bildete ein lebendes Schachspiel. Das Fußballspiel Reinickendorf-Bezirksmannschaft gegen Halle war das Finale des Tages. Bis Halbzeit war das Torresultat 1:1. Beide Mannschaften kämpften bis zum Schluß um den Erfolg, jedoch blieb es bei obengenanntem Resultat, was auch dem Spielverlauf entspricht.

Fußball: Fichte 23—Gesundbrunnen 3 2:4. Borussia, Altjugend—Gesundbrunnen, Altjugend 2:4. **Freie Scholle 1 gegen** Hermsdorf 1 1:1 (abgebrochen). Fichte-Nord 3—Konradshöhe 1 4:4. Schönholz 2—Tegel 3 1:4. Minerva 2—Gesundbrunnen 2 1:12. Halle 1—Bezirksmannschaft Reinickendorf 1:1.

Handball, Männer: Wittenau—Schönholz 1 12:7. Glienicke gegen Radfahrer Ost-West 14:6. Rosenthal 1—Tegel 2 6:14. Nord 1—Sportfreunde-Wilmersdorf 17:5. Nord 2—Tegel-Hermsdorf 2:3.

Faustballspiele: Minerva 1—Tegel 2 39:26. Minerva 2 gegen Nord 2 39:14. Nord 1—Tegel 1 58:49. Freie Scholle gegen Nord-Tegel 24:26.

Fußball in Pankow!

Heute, Mittwoch, den 24. August, stehen sich die 1. Mannschaften von Fichte-Pankow und Borussia gegenüber. Das Spiel findet auf den Fichteplatz am Bahnhof Heinersdorf statt. Anfang 18 Uhr.

Bereitet den 18. Internationalen Jugendtag am 4. September vor!

Marschiert gegen imperialistischen Krieg — gegen Faschismus!

Jungsportler! Jungsportlerinnen!

Die Hungeroffensive der faschistischen Papenregierung gegen die Arbeiterklasse findet ihre verstärkte Auswirkung gegen die erwerbslose Jugend. Die dauernde Erwerbslosigkeit, der Raub der Erwerbslosenunterstützung, soll euch in die Arbeitsdienstlager hineintreiben, in denen Ende 1932 400 000 Jungerwerbslose unter der Leitung von faschistischen Offizieren erfaßt werden sollen.

Kadavergehorsam und militärischer Drill

Das ist der Ausweg, den die deutsche Bourgeoisie der Arbeiterjugend zeigt. Aktive Vorbereitung zum **Krieg gegen die Sowjetunion, das ist die Forderung des Faschismus.**

Die jetzige Jugend der Sowjetunion kennt keinen Hunger und keine Erwerbslosigkeit, wie es jetzt in Deutschland Massenerscheinung geworden ist. Dort kann sie auf neuen und modernen Sportplätzen Sport treiben. In Deutschland fehlen euch die Mittel, um die Organisationszugehörigkeit aufrecht erhalten zu können. Nur unter großen finanziellen Opfern ist euch die Austragung von sportlichen Wettkämpfen möglich.

Gegen den einzigen Arbeiter- und Bauernstaat der Welt sollt ihr mobil gemacht werden.

Die Pläne der deutschen Bourgeoisie, des internationalen Imperialismus mit dem Ziel der Intervention gegen die Sowjetunion müssen im gemeinsamen Kampf der internationalen Arbeiterklasse zerschlagen werden. **Die proletarische Jugend steht hierbei in vorderster Front.**

Vor 25 Jahren wurde die sozialistische Jugendinternationale gegründet, die die antimilitaristische Arbeit auf ihre Fahne schrieb. Ihre Fortsetzung hat sie heute in der Kommunistischen Jugendinternationale gefunden. Jetzt gilt es, die Tradition der Jugendinternationale nicht nur wachzuhalten, sondern durch einen wirklich aktiven Massenkampf gegen die faschistischen Kriegstreiber das Vaterland aller Werktätigen, die Sowjetunion, zu verteidigen.

Mit der Kriegspropaganda nimmt der faschistische Terror besonders scharfe Formen an. Die Mordüberfälle auf antifaschistische Arbeiter sind an der Tagesordnung. Rote, Bundessportler und bürgerliche Sportler sind die Opfer der faschistischen Mordbanditen. Gegen den Faschismus kämpft erfolgreich nur die Antifaschistische Aktion. Deshalb ist die **Formierung der antifaschistischen Sportfront in der Antifaschistischen Aktion** die Aufgabe, die vor der sporttreibenden Arbeiterschaft steht. In gemeinsamem Kampf muß der Faschismus geschlagen werden.

Am 28. August werden in allen größeren Städten Deutschlands Sportfeste der sporttreibenden Jugend in der antifaschistischen Sportfront durchgeführt. In Berlin, Essen, Düsseldorf, Hamburg, Leipzig, Chemnitz, Erfurt und Stuttgart werden im Zeichen des 18. Internationalen Jugendtages die Jungsportler

In der antifaschistischen Sportfront

gegen den Naziterror und Faschismus, gegen Arbeitsdienstpflicht, für die Verteidigung der Sowjetunion marschieren.

Wir fordern euch auf, mit uns gemeinsam an den Start zu gehen, Solidaritätsspiele auszutragen, und durch die Sportfeste am 28. August den 18. Internationalen Jugendtag zu einem Massenaufmarsch der werktätigen Jugend zu gestalten.

Reichsjugendleitung der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit.

Nacktbaden bei Fichte

Die Freikörperkultur Sektion der Fichte-Wandersparte hält nach wie vor jeden Mittwoch von 20 bis 21.30 Uhr im größten Hallenbad von Berlin — Stadtbad Mitte, Gartenstraße 5 — ihren Nacktbadeabend ab in Verbindung mit Gruppengymnastik. Eintritt Erwerbslose 20 Pf., Vollarbeiter 30 Pf., Kinder 10 Pf. Anträge auf Zulassung können bei genügenden Ausweispapieren jeden Mittwoch dortselbst gestellt werden.

Schöne weiße Zähne

schon nach einmalig. Putzen mit der herrl. erfrisch. schmeckenden „Chlorodont-Zahnpaste", schreibt uns ein Raucher. Tube 60 Pf. und 80 Pf.

Ablenkungsmanöver auf dem DMV-Verbandstag

Das Referat des Verbandsvorsitzenden Brandes — „Generalstreikdebatte ist Unsinn" — Kein Wort zum Kampf in den Betrieben und Stempelstellen — Dafür schamlose Hetze gegen KPD. und RGO.

Was schon der Eröffnungstag auf dem Verbandstag des Metallarbeiterverbandes in Dortmund gezeigt hatte, das wurde durch das Referat des Verbandsvorsitzenden Brandes am Montag vollauf bestätigt. Das ganze Bestreben der Verbandsbürokratie geht dahin, den Verbandstag dazu zu benutzen, um die Metallarbeiter von den entscheidenden Fragen des Kampfes in den Betrieben und auf den Stempelstellen abzulenken.

Schon durch die Zusammensetzung des Verbandstages, wie sie durch die Verhinderung der Urwahlen in den meisten Bezirken erreicht wurde, hat man es verstanden, diejenigen im wesentlichen auszuschalten, die diese Fragen mit aller Schärfe aufwerfen könnten. 283 Delegierte sind auf dem Verbandstag anwesend; dazu kommen noch die Bezirksleiter, die Vorstandsmitglieder usw. Davon sind selbst nach der Anwesenheitsliste des Hauptvorstandes 139 Gewerkschaftsangestellte, Geschäftsführer usw.

Sie spotten ihrer selbst . . .

Notgedrungen mußte Brandes sein Referat mit einer breiten Schilderung der kapitalistischen Krise einleiten. Dabei kommt er zu der Feststellung, die Ueberzeugung, daß es eine schwere Krise des kapitalistischen Systems selbst sei, habe alle wirtschaftlich denkenden Menschen erfaßt. Auf dem letzten DMV.-Verbandstag, der im Jahre 1930 in Berlin stattfand, konnte man noch andere Töne hören. Damals erklärten die DMV.-Führer noch, daß es nur darauf ankäme, die kranken Auswüchse des Kapitalismus zu beseitigen.

Die Feststellungen, die selbst Brandes über die katastrophale Verelendung der Metallarbeiter machen muß, sind

eine einzige Ohrfeige für die reformistische Gewerkschaftspolitik,

denn wenn er erklärt, daß sich auch Brüning und Stegerwald unter dem Ansturm der Scharfmacher von der Notwendigkeit des Lohnabbaus überzeugten, so muß sich jeder Metallarbeiter daran erinnern, daß es ohne die Mitwirkung der Gewerkschaftsführer nicht möglich gewesen wäre, diesen Lohnabbau durchzuführen.

Erinnert ihr DMV.-Mitglieder euch daran, wie immer wieder die Brüningregierung als das „kleinere Uebel" hingestellt wurde? Erinnert ihr euch daran, wie auch die DMV.-Führer die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition beschimpften, sie helfe dem Faschismus, wenn sie zum Kampf gegen die Brüningregierung aufforderte? Erinnert ihr euch daran, wie von den Gewerkschaftsführern insbesondere der Massenkampf gegen die Durchführung der Lohnabbau-Notverordnung der Brüningregierung im Januar dieses Jahres abgewürgt wurde?

Das „große Tarifgebäude"

Angesichts dieser Tatsachen wirkt es wie ein Hohn, wenn Brandes erklärt:

„Noch besteht das große Tarifgebäude der Gewerkschaften, dieses Hindernis eines völligen Lohnabsturzes."

Er hätte besser getan, nicht zu erinnern an die Bewegung der Werftarbeiter und der Leipziger Metallarbeiter in diesem Jahre. Denn als die Belegschaft der Vulkanwerft in Vegesack in den Streik gegen die Lohnabbauforderungen der Werftunternehmer trat, da war es gerade die DMV.-Bürokratie, die die Ausdehnung dieses Kampfes auf die übrigen Werften mit allen Mitteln zu hintertreiben suchte. Ja schließlich stimmte die Bürokratie sogar dem Lohnabbau-Schiedsspruch zu, um die Werftarbeiter so vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Und in Leipzig schreckte die Ortsverwaltung des DMV. nicht einmal vor der Fälschung von Abstimmungsergebnissen in den Betrieben zurück, um einen Streik zu verhindern. Durch eine freiwillige Lohnabbauvereinbarung, die die Leipziger Ortsverwaltung mit den Metallunternehmern abschloß, wurde dort der Kampf abgedrosselt.

Der neue „Sozialisierungs"-Schwindel

Und wenn nun etwa DMV.-Mitglieder erwartet hätten, daß Brandes wenigstens den Versuch machen würde, ihnen einen Weg zu zeigen, auf dem sie ihrer wachsenden Verelendung und Unterdrückung, auf dem sie den Vorstößen des Faschismus und der Unternehmeroffensive entgegentreten können, so haben sie sich getäuscht. Kein Wort sagte er, wie jetzt der Kampf in den Betrieben gegen die Fortsetzung des Lohnraubes und gegen die Tarifzertrümmerung organisiert werden soll. Kein Wort sagte er den erwerbslosen Metallarbeitern darüber, wie sie sich gegen die weitere Fortsetzung der Hungerpolitik zur Wehr setzen sollen. Dafür führte er aber aus:

„Ein Zurück zur reinen Privatwirtschaft jetzt unter dem jetzigen Regiment ist unmöglich . . . Wir haben schon bei Beginn des letzten Wahlkampfes das Umbauprogramm ausgearbeitet. Die jetzigen Anträge der SPD.-Reichstagsfraktion entsprechen diesem Programm."

Die demagogischen Reichstagsanträge der sozialdemokratischen Fraktion glauben also die DMV.-Führer den DMV.-Mitgliedern als Ersatz für die Kampfmobilisierung bieten zu können. Die Verstaatlichung einiger bankrotter Industrieunternehmungen durch den kapitalistischen Staat, wobei fette Entschädigungen für die kapitalistischen Bankrotteure abfallen sollen, das wird den Metallarbeitern als Ausweg aus dem Elend, als Uebergang zum Sozialismus vorgegaukelt.

Wohl oder übel sah sich Brandes gezwungen, einen großen Teil seiner Ausführungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu widmen.

„Wenn man behaupte, die Verteidigung der kapitalistischen Republik durch die Gewerkschaftsführer sei verhängnisvoll gewesen", so erklärte Brandes, „so vergesse man, daß mit dieser Politik ein Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft erreicht worden sei."

Worin dieser Aufstieg besteht, das herauszufinden muß allerdings der DMV.-Bürokratie selbst vorbehalten bleiben. Massenerwerbslosigkeit, Massennot und Massenelend, gesteigerte Ausbeutung und brutalster Terror, die Aufrichtung der faschistischen Diktatur gegen die Arbeiterklasse, das sind die Ergebnisse dieses „Aufstiegs", den die Gewerkschaftsführer nach ihrem eigenen Eingeständnis herbeigeführt haben.

Beispiellose Antisowjethetze

Da Brandes selbst weiß, daß unwillkürlich jedem Metallarbeiter bei solchen Worten der Vergleich mit dem grandiosen Aufstieg der Arbeiterklasse in der Sowjetunion sich aufdrängen muß, so betrieb er sofort eine beispiellose Hetze gegen die Sowjetunion. Alle kapitalistischen Lügen und Verleumdungen mußten herhalten.

„Die deutsche Arbeiterklasse hat nicht das Zeug zum Hungern und Ausbeutenlassen wie die russische."

DMV.-Kollegen, steigt euch nicht die Schamröte ins Gesicht, wenn der Verbandsvorsitzende eine solche schamlose Beschimpfung des einzigen Arbeiterstaates wagen kann, nachdem er eben alle „Vorzüge" der kapitalistischen Republik pries? Das tat er, obwohl selbst ihm bekannt ist, daß die Sowjetunion das einzige Land ist, in dem auf dem Boden der Arbeiterschaft die Erwerbslosigkeit liquidiert und allein im letzten Jahre der Lohn um durchschnittlich 11,7 Prozent erhöht wurde.

„Generalstreik ist sinnlos"

Auch zur Frage des Generalstreiks sieht sich Brandes gezwungen, Stellung zu nehmen. Die Forderung nach Generalstreik sei „sinnlos".

„Körperliche Abwehr und Arbeitsverweigerung müssen letzte Mittel im politischen Ringen sein."

Es bleibt nur unerfindlich, wann die Brandes u. Co. der Arbeiterschaft die Anwendung dieser „letzten Mittel" gnädigst gestatten wollen. Mit diesen Worten kann man die bisherige Kapitulations- und Verratspolitik bis ins Endlose fortsetzen. Diese Worte bedeuten nichts weiter als die Fortsetzung des alten Märchen, die Arbeiter brauchten nur recht brav zu bleiben, dann würden auch die Klassenfeinde nicht so hart gegen sie vorgehen.

Für die kapitalistische Republik

Der Kampfboden gegen den Faschismus sei und bleibe die „Demokratie".

Das bedeutet also, daß die Arbeiter alle Erfahrungen der letzten 14 Jahre vergessen sollen, das bedeutet also, daß sie noch einmal den blutigen Weg gehen sollen, der zur Erstarkung des Faschismus in Deutschland geführt hat.

Und dieser selbe Brandes, dessen ganze Rede nur ein Loblied auf die Fortsetzung der Kapitulationspolitik war, wagt es, die antifaschistischen Kämpfer, die sich zu den Losungen der revolutionären Opposition bekennen, als eine „unorganisierte, disziplinlose Masse" zu bezeichnen, die heute bei der KPD. und morgen bei den Nazis seien.

Provokatorisch fragt er:

„Wagt auf unserem Verbandstag ein Delegierter gegen uns den Vorwurf, daß die Gewerkschaften die Einheitsfront verhindern?"

Die Einheitsfront, die die Gewerkschaftsführer anstreben, das ist die Einheitsfront mit den christlichen und gelben Gewerkschaftsführern zur Erhaltung des kapitalistischen Systems, das ist die Einheitsfront mit den Straßer und Co. zur Durchführung der Arbeitsdienstpflicht. Dagegen war das ganze Referat einzig und allein von dem Bestreben diktiert, die rote Einheitsfront des antifaschistischen Kampfes, des Kampfes gegen Lohn- und Unterstützungsraub, des Kampfes gegen die faschistische Diktatur zu verhindern.

Eine Lehre für die DMV.-Mitglieder

Die DMV.-Mitglieder sind um eine Lehre reicher, wenn sie den Kampf in den Betrieben und Stempelstellen wollen, dann gibt es nur eine Möglichkeit dazu: Zusammenschluß unter den Losungen der revolutionären Opposition. Sie sagt allen Metallarbeitern klar und deutlich:

Gegen die Ausbeuteroffensive gilt es die Offensive der Arbeiterklasse zu entfalten. In jedem Betrieb, an jeder Stempelstelle, in jedem Tarifgebiet gilt es, die betrieblichen und örtlichen Forderungen aufzustellen und um diese alle Arbeiter zu sammeln. Es gilt zu kämpfen für die Entfernung der faschistischen Streikbrecher und Provokateure aus den Betrieben. Für diesen Kampf müssen alle Arbeiter zusammengeschlossen werden. Einheitsausschüsse in allen Betrieben müssen die Grundlage zur Organisierung dieses Kampfes abgeben. Durch die breite Entfaltung dieser Kämpfe im Rahmen der Antifaschistischen Aktion gilt es, die Voraussetzung zu schaffen für die Organisierung großer Kämpfe der gesamten Arbeiterschaft gegen den Willen der kapitulierenden Gewerkschaftsbürokratie.

Daran mitzuhelfen, das wird besonders nach dem DMV.-Verbandstag auch die Aufgabe aller DMV.-Mitglieder sein.

Die Diskussion

Dortmund, 23. August. (Eig. Bericht). Der zweite Verhandlungstag des DMV. stand im Zeichen der Diskussion über den Geschäftsbericht des Hauptvorstandes, der gestern von Brandes gegeben wurde. Selbst durch die Diskussionsreden der sozialdemokratischen Diskussionsredner blickte immer die ungeheure Empörung durch, die unter den Massen der Mitglieder über die Kapitulationspolitik der Führer herrscht. Von vielen Diskussionsrednern wurde gegen die Kapitulationspolitik am 20. Juli Stellung genommen und erklärt, daß leere Proteste der Verbandsführer von den Gegnern nicht mehr ernst genommen werden, sondern endlich der Kampf organisiert werden müsse.

Ein Kollege von Chemnitz sagte:

„Wenn unsere Führer nicht mit Zylinderhut und feinen Hosen im Reichsministerium verhandelt hätten und stattdessen die Arbeiterschaft zum Kampf aufgefordert hätten, dann wäre das zweifellos besser gewesen."

Die Brandleristen unter Führung von Außen-Stuttgart und König-Halle mimten „Opposition". Der Tenor ihrer Reden aber war, daß die Politik der KPD. und der RGO. schärfstens bekämpft werden müßte. Besonders entlarvte sich die SAP.-„Opposition". Der Redner Zuegler aus Kottbus verwandte drei Viertel seiner Redezeit, um gegen die Politik der RGO. und der KPD. zu hetzen. Seine Ausführungen waren so gehalten, daß ihm von sozialdemokratischen Delegierten ein Aufnahmeschein für die SPD. herausgehalten wurde.

Die Abstimmung über die 143 Anträge, die zum Geschäftsbericht vorlagen, vollzog sich in einer Form, daß von den Delegierten Protest eingelegt wurde. Nach der Annahme einer Entschließung des Hauptvorstandes, die die Metallarbeiter zur „Disziplin" auffordert und auf **bessere Zeiten vertröstet, wurde über 59 Anträge überhaupt nicht abgestimmt.**

Alle übrigen Anträge wie z. B. Kampf gegen den imperialistischen Krieg und gegen die Kriegsrüstungen in den Betrieben, Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen usw. wurden abgelehnt oder dem Vorstand überwiesen. Von den 143 Anträgen wurden nur 2 Anträge angenommen.

Eine große Diskussion entspann sich über den Antrag zur Entsendung einer Delegation nach der Sowjetunion. Gegen diesen Antrag sprachen insbesondere Hagen-Berlin und Schliestett vom Hauptvorstand. Auch dieser Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Im Schlußwort entfaltete Brandes eine wüste Hetze gegen die kommunistische Presse, und insbesondere gegen die „Rote Fahne". Während er gestern noch die Ausweglosigkeit des Kapitalismus begründete und darauf das neue Betrugsmanöver aufbaute, stellte er heute fest, daß noch einmal die Zeit komme, wo der Verbandstag stark und mächtig wird, um das Versäumte nachzuholen, und wo wieder Bewegungen in den Betrieben gemacht werden. Eure Aufgabe, DMV.-Kollegen, ist es, dafür zu sorgen, daß er sich irrt, wenn er glaubt, mit solchen lächerlichen Vertröstungen die Metallarbeiter von den gegenwärtigen Kampfaufgaben ablenken zu können.

Oppositionskonferenz der Metallarbeiter in Dortmund

Dortmund, 23. August. Eig. Bericht.) Am Tage der Eröffnung des Verbandstages des DMV. fand in Dortmund eine ernste Arbeitstagung der RGO. Metallarbeiter aus den größten und wichtigsten Metallbetrieben Deutschlands statt. Während die DMV.-Bürokratie alle Sicherungen getroffen hat, um die breite Arbeiteröffentlichkeit von den Beratungen des Verbandstages auszuschließen, beschäftigt sich die RGO.-Metallarbeiterkonferenz, an der 54 Kollegen (fast ausschließlich langjährige Mitglieder und Funktionäre des DMV.) teilnehmen, ernsthaft mit der Lage der Metallarbeiter, ihren Aufgaben im Kampfe gegen Unternehmerangriffe und Faschismus.

Einen breiten Raum in den Referaten und insbesondere in den Diskussionen nahm die Frage der Verstärkung und Verbesserung der innergewerkschaftlichen Arbeit, der Schaffung einer breiten Oppositionsbewegung in den Metallbetrieben, die Verbesserung der Betriebsarbeit, sowie die Entfaltung eines aktiveren Lebens innerhalb der Einheiten der RGO. und der Sektionen der Roten Verbände ein. Einmütig betonten alle Anwesenden, daß es Aufgabe aller revolutionären Metallarbeiter ist, durch eine vielfache Verstärkung der Arbeit die unüberwindlich kämpfende Einheitsfront der Metallarbeiter in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Gewerkschaftsverbänden herzustellen.

Textilarbeiterjugend demonstriert gegen Lohnabbau

Wie uns gemeldet wird, kam es im Leipziger Norden am Sonnabend zu einer spontanen Demonstration von jugendlichen Arbeitern, die sich gegen den bevorstehenden Lohnraub bei den Textilarbeitern richtete. Der Demonstrationszug zog sich in der Hauptsache durch die Arbeiterviertel hin. Zu irgendwelchen Zwischenfällen, Verhaftungen usw. kam es nicht.

Von den Demonstrierenden wurden Massen von Flugblättern unter die Arbeiterschaft verteilt, die zum Kampf gegen die Textilgewaltigen aufriefen.

Vorstoß des roten Bauarbeiterverbandes

im Rahmen der Antifaschistischen Aktion

Durch intensive Bearbeitung der Baustellen ist es gelungen, zwölf neue Betriebssektionen des Einheitsverbandes für das Baugewerbe zu schaffen, wovon neun bereits eine selbständige Kassierung haben. Auf allen Baustellen wurden unter gemeinsamer Initiative der Belegschaftsmitglieder, ohne Unterschied der gewerkschaftlichen Organisationszugehörigkeit, revolutionäre Baudelegierte gewählt, die das absolute Vertrauen der Belegschaftsmitglieder haben. Besonders bemerkenswert ist, daß auf allen Baustellen die Kollegen des Baugewerksbundes gemeinsam mit den Kollegen der RGO. dafür sorgten, daß die Vertreter des EBfdB. auf den Baustellen zu Wort kamen.

Sozialdemokratische Arbeiter, entscheidet:

Wer hat recht? Brandes oder wir?

Was das Beispiel Italien in Wirklichkeit zeigt

„Der Reichskanzler hat zusammen mit dem General von Schleicher auch die Führer der Zentrumsgewerkschaften kürzlich empfangen, genau wie die der freien Gewerkschaften", meldet das gutunterrichtete „12-Uhr-Blatt" vom 23. August.

Unsere vom „Vorwärts" abgestrittenen Meldungen über Leiparts Besprechungen „zur Lösung der Krise" mit der faschistischen Papen-Schleicher-Regierung sind bestätigt!

Gerade in diesem Moment veröffentlicht der „Vorwärts" die Rede von Brandes, der auf dem Dortmunder Verbandstag des DMV. erklärte:

„... Alles Gerede über Generalstreik läuft letzten Endes doch auf die Entfachung des Bürgerkrieges hinaus. Die Taktik der KPD. ermöglicht dem Hakenkreuz seine heuchlerische Märtyrerstellung. Ebenso sinnlos ist das Geschrei nach dem Generalstreik. Auch in Italien hat man so lange gestreikt, bis diese Waffe völlig abgestumpft war."

Wir haben klassisch die Praxis der reformistischen Führer vor Augen: Diskreditierung der scharfen Kampfeswaffe des Streiks, Beschimpfung derjenigen, die diese Waffe gebrauchen wollen und — Verhandlungen mit den Trägern der faschistischen Diktatur über Einreihung von Sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften in das System des Faschismus!

Brandes wagt einen verlogenen Hinweis auf Italien. Gut, wir nehmen die Anregung auf, wir beweisen den Arbeitern am Beispiel Italiens, wie eben die Nichtanwendung der Waffe des revolutionären Streiks, die reformistische Methode der Verhandlungen mit dem Faschismus den Sieg Mussolinis herbeigeführt und gefestigt haben.

1920, zwei Jahre vor Mussolinis Herrschaftsantritt waren in ganzen Provinzen die Fabriken und Güter von den Arbeitern besetzt. Die Regierung war ohnmächtig, die Bourgeoisieherrschaft durch den Krieg zerrüttet. Die Losung der Räte, die gewaltsame Uebernahme der politischen Macht durch die Arbeiterklasse stand auf der Tagesordnung. Sie wäre noch leichter als in Rußland zu erobern gewesen. Doch die Gewerkschaften verhandelten mit den Unternehmern und ließen nach dem nie gehaltenen Zugeständnis eines Betriebsrätegesetzes die Fabriken räumen.

Diese kampflose Preisgabe der Positionen durch die proletarische Stadt- und Landbevölkerung gestattete der Bourgeoisie die Sammlung aller reaktionären Kräfte in faschistischen Garden, die in kurzer Zeit das Land und die Städte unsicher machten, Gewerkschaftshäuser in Brand steckten, Arbeiterführer und revolutionäre Proletarier viehisch erschlugen. Mitte 1922 stand der Faschismus vor der Machtergreifung. Das Proletariat wurde nicht zum Massenstreik gesammelt und organisiert, sondern die SP.- und Gewerkschaftsführer boten der Bourgeoisie — Koalitionsregierung an.

Die spontan entstandenen Generalstreiks in den Provinzen Emilia und der Romagna wurden abgewürgt, um „die Verhandlungen nicht zu erschweren". Als die Bourgeoisie den Reformisten den Fußtritt gab, riefen sie wie aus der Pistole geschossen zum Generalstreik, der in zwei Provinzen schon abgewürgt war, ohne Vorbereitung, ohne politische Kampflosungen. Ein solcher Streik mußte zusammenbrechen, ohne überhaupt zum Ausbruch gekommen zu sein. Das reformistische Ziel war erreicht: die Kampfkraft der Arbeiter wurde so geschwächt, daß bei Mussolinis Marsch auf Rom nur einige kommunistische Kampftrupps heldenmütig kämpften, das Gesamtproletariat jedoch keinen ernsthaften Widerstand leisten konnte.

Was taten die Gewerkschaften? Sie kuhhandelten um Regierungsbeteiligung im Kabinett Mussolini! Baldesi, einer der Gewerkschaftsführer, wurde bereits am 30. Oktober telegraphisch gefragt, ob er bereit sei, in die Regierung Mussolinis einzutreten. Er antwortete mit einem klaren Ja. In einem Brief an die Parlamentsfraktion gab er zu: „Wahr ist, daß ich inständigst gebeten wurde, meinen Eindruck über die Hypothese eines solchen Angebotes mitzuteilen und ich daraufhin dem Gedanken Ausdruck gab, daß ich geglaubt hatte, mich nicht einer Zusammenarbeit entziehen zu dürfen."

Nicht nur Baldesi war zur Zusammenarbeit mit dem Faschismus bereit! Colombino, der Sekretär des Metallarbeiterverbandes, sagte in einem Brief am 24. November, nach der Ermordung von Zehntausenden organisierter Gewerkschaftsmitglieder:

„Wir müssen unsere Beziehungen zur Regierung prüfen, was immer es auch für eine Regierung sein mag. Also kein vorgefaßtes Urteil!"

Und die „Tribuna di Ferrovieri", das Zentralorgan der roten Eisenbahnergewerkschaft, schrieb noch am 1. Dezember:

„Wenn die neue Regierung unsere Forderungen untersuchen will, wird sie in dem Eisenbahnpersonal erfahrene, fähige und technisch erprobte Mitarbeiter finden."

Später gingen die meisten Gewerkschaftsführer in die faschistischen Gewerkschaften. Sie sind heute feste Stützen des Mussolini-Regimes!

Heute sieht jeder SPD.-Arbeiter, daß eine solche Haltung der Gewerkschaften 1922 das faschistische Blutregime Mussolinis stützte, daß nur ein Massenkampf das damals noch ungefestigte faschistische Gebäude im Sturm hätte nehmen können.

Vergleicht mit Deutschland!

Der 20. Juli brachte die faschistische Diktatur. Die „Berliner Börsenzeitung" vom 21. Juli schrieb:

„Die Hauptsorge war, ob die Gewerkschaften und Sozialdemokratie den Generalstreik proklamieren würden oder nicht. Nach den bisherigen Verlautbarungen ist mit einem solchen Entschluß nicht zu rechnen."

Sie hatten recht. Es war mit einem solchen Beschluß nicht zu rechnen. Der Aufruf der SPD. vom 21. Juli stempelte die Kommunisten, die den Streik gefordert hatten, zu Provokateuren und sagte:

„Es liegt beim deutschen Volke, durch seinen Machtspruch am 31. Juli (Reichstagswahlen) dem gegenwärtigen Zustand ein Ende zu bereiten." Und der ADGB. erklärte: „Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen worden."

Die sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder sollen nunmehr urteilen, was die Worte von Brandes auf dem DMV.-Verbandstag bedeuten. Wir sind der Ueberzeugung, sie sind Verrat am Proletariat. Sie können nur von einem Manne gesprochen werden, dem die Koalition mit dem Faschismus näher steht als die Befreiung des Proletariats aus kapitalistischer Knechtschaft.

Nicht aus „Vergnügen am Schimpfen", nicht zur „Zerstörung der Arbeitereinheit", wie der „Vorwärts" es den sozialdemokratischen und Gewerkschaftskollegen einreden möchte, üben wir eine solch scharfe Kritik an den Reden und Taten der SPD.- und Gewerkschaftsführer.

Nein, eben weil wir die Einheit im Kampfe gegen den Faschismus, um den Sozialismus wollen, zeigen wir den sozialdemokratischen Arbeitern am Beispiel Italiens, daß der reformistische Weg konsequent zum Faschismus, nicht aber zum Sozialismus führt.

Wir können uns stolz auf ein Gegenbeispiel berufen. In Rußland, wo die Arbeiterklasse bereits den Weg gegangen ist, den ihr die Kommunisten vorzeichneten, herrscht kein Faschismus, ist diesem Terrorregime des Finanzkapitals auf ewig die Basis entzogen.

Diese von John Heartfield entworfene Marke zum Amsterdamer Internationalen Kampfkongreß gegen den imperialistischen Krieg ist zum Preise von nur 10 Pfennig, die zur Finanzierung der Delegierten mitbenutzt werden, bei den Funktionären aller am Kongreß teilnehmenden Arbeiterorganisationen erhältlich.

Der Weberkampf in England

Reformisten schieben allgemeine Streikerklärung hinaus und schließen Kompromisse / Prächtiger Kampfgeist der 50 000 Streikenden

London, 23. August. Die Gewerkschaftsführer des Weberverbandes haben nunmehr an ihre 200 000 Mitglieder ein Rundschreiben gesandt, worin sie den Termin für den Streikbeginn wieder auf den 27. August verschieben. Sie wollen noch mehr Zeit für ihren Kuhhandel mit den Unternehmern und den 12½-prozentigen Lohnraub gewinnen. Der Oberbürgermeister von Manchester hat eine Konferenz der Unternehmer und Gewerkschaften für Mittwoch einberufen.

Die Anzahl der bereits am Streik Beteiligten wächst trotz der Verwirrungsmanöver. In Burnley, Preston, Haslingden, Earby und Bolton streiken 50 000 Baumwollweber und heute werden in Redditch weitere 8000 in den Ausstand treten.

Die kapitalistische Presse macht eine große Sache daraus, daß die Gewerkschaftsführer in Ashton und Radcliffe, diesen beiden kleinen Bezirken, die von dem Hauptzentrum der Baumwollindustrie fernliegen, mit der Unternehmerschaft zu einem Kompromiß über die Lohnkürzung gekommen sind. Es gibt kein Zeichen dafür, daß die Arbeiterschaft dieses Vorgehen der Bürokratie unterstützen würde.

In denjenigen Städten, wo der Streik bereits ein vollständiger ist, ist der Kampfgeist der Arbeiterschaft so stark, daß es die Unternehmer nicht wagen, ihre Betriebe mit Streikbrecherarbeit weiterzuführen. Um so weniger, da die Polizei sich nicht stark genug fühlt, um die Betriebe zu schützen. In Haslingden haben die Unternehmer die Betriebe geschlossen, nachdem der Bürgermeister erklärt hat, daß durch das Weiterarbeiten mit Hilfe von Streikbrechern „Menschenleben in Gefahr" seien. Die wenigen Streikbrecherbetriebe in Burnley mußten auf diese Weise ebenfalls geschlossen werden. Auch die einzige Streikbrecherfabrik in Preston liegt jetzt still.

In Burnley ist eine ungeheure Empörung unter den Massen über die Brutalität entstanden, die die aus Manchester und Liverpool herangeholte Polizei der Arbeiterschaft gegenüber an den Tag gelegt hat. Die Fraktion der Labour Party im Gemeinderat sieht sich daher gezwungen, eine Untersuchung über das Verhalten der Polizei zu verlangen.

27½ Millionen Hungernde in Amerika

Die bürgerliche Neuyorker Zeitschrift „Fortune" berechnet die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten auf 11 Millionen. Zusammen mit ihren Angehörigen sind also 27,5 Millionen Menschen auf öffentliche Unterstützung angewiesen.

Der Lausanner Sklavenpakt in Oesterreich perfekt

Wien, 23. August. Der Nationalrat hat heute mit 82 gegen 80 Stimmen endgültig den Lausanner Pakt angenommen. Mit der heutigen Abstimmung tritt der Lausanner Vertrag tatsächlich in Kraft.

Wir haben bereits in einem früheren Artikel auf die Bedeutung dieses Vertrages von Lausanne für Oesterreich hingewiesen, wir haben gezeigt, daß hier unter dem Schein einer Hilfe für Oesterreich, in der Form einer Anleihe, die vollständig für Tributzahlungen verwendet wird, Oesterreich unter das Diktat eines internationalen Finanzkonsortiums, hauptsächlich unter das Diktat des französischen Kapitalismus gelangt. Der Lausanner Vertrag vernichtet den letzten Rest von Oesterreichs Selbständigkeit.

Wohl haben die Sozialdemokraten im Nationalrat gegen den Vertrag von Lausanne gestimmt. Aber das Ergebnis der Abstimmung stand ja von vornherein fest. Daß es den Sozialdemokraten nicht darum zu tun war, die Annahme dieses Vertrages zu verhindern, beweist die Tatsache, daß sie nicht nur keine Massenaktion gegen diesen Vertrag entfaltet, sondern auch parlamentarisch nicht einmal den Versuch einer Obstruktion unternommen hatten.

Weltkongreß der Roten Hilfe zum 15. Jahrestag der Oktoberrevolution

In den Tagen der Feierlichkeiten des 15. Jahrestages der Oktoberrevolution findet in Moskau ein Weltkongreß der Internationalen Roten Hilfe statt, zu dem die Delegationen von 68 ausländischen Sektionen erwartet werden. Der Kongreß wird einen Bericht der Roten Hilfe der Sowjetunion über ihre zehnjährige Tätigkeit entgegennehmen. In diesem Bericht wird die internationale Bedeutung des sozialistischen Aufbaus der Sowjetunion, das brüderliche Bündnis der Sowjetunion mit dem Proletariat in den kapitalistischen Ländern, die Hilfe der roten Helfer der Sowjetunion für die Opfer der kapitalistischen Klassenjustiz usw. aufgezeigt werden.

Belgische Streikende auf dem Amsterdamer Kongreß

Brüssel, 23. August. Auf einer von ihrem Streikkomitee einberufenen Versammlung beschlossen die streikenden Bergarbeiter von Seraing, einen ihrer Kollegen als Delegierten zum Amsterdamer Antikriegskongreß zu entsenden und trotz der Hungersnot im Streikrevier die Reisekosten durch Geldsammlungen zu decken.

Protest gegen Ungarns Standgerichte

Der Arbeitertheaterbund Berlin schickte folgendes Telegramm an die ungarische Regierung:

**„justizminister budapest
arbeiterschauspieler beschließen systematische anprangerung ungarischer mordjustiz. jeder schritt gegen karikas, pohl und genossen belastet ungarische regierung vor internationalem publikum.
arbeitertheaterbund berlin."**

Negermutter Ada Wright verhaftet

Brüssel, 23. August. Am 5. Jahrestag der Hinrichtung Saccos und Vanzettis fand hier eine von der Roten Hilfe veranstaltete Kundgebung für die acht Negerjungen von Scottsboro statt, deren Termin wieder herannaht. Die Negermutter Ada Wright wurde nach ihrer Rede von der Polizei verhaftet. Es gab einen großen Tumult.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Alfred [illegible], Berlin; für Anzeigenteil und geschäftliche Mitteilungen: Gustav [illegible], Berlin. Druck und Verlag: Vereinigte Zeitungsverlage GmbH., Berlin, Kleine Alexanderstraße 28. Fernruf: Sammelnummer E 1. Berolina [illegible]

Die Bilanz des Weltkrieges
10 Millionen Tote

davon in Deutschland 2 750 000 Tote

Arbeiter, es ist höchste Zeit!
Wählt Delegierte zum Amsterdamer Antikriegskongreß!

Massenkündigungen im Amtsgericht Mitte

Wo roter Betriebsrat trotz Nazi- und ZdA.-Mehrheit führt — Die Nazis erwarten Besserung vom Staatsgerichtshof und neuem Reichstag

(Justizangestelltenkorrespondenz)

Das Tagesgespräch im Amtsgericht Berlin-Mitte sind die etwa 60 Kündigungen von Justizangestellten, die bis jetzt zum 30. September ausgesprochen worden sind. Die Preußische Justizverwaltung behauptet auf einmal, daß ihre „Geschäfte" zurückgehen. Eigentümlich ist nur, daß durch diesen angeblichen Geschäftsrückgang die Richter und oberen Beamten nicht betroffen werden, sondern lediglich die Justizangestellten, die bei stärkster Ausnutzung Hungergehälter von durchschnittlich 150 Mark beziehen. Bei allen Gehaltskürzungen — letzthin erst wieder im Juli dieses Jahres — mußten sie herhalten, und jetzt kommt obendrein noch der Rausschmiß.

Der rote Betriebsrat gibt den Ton an

Der Angestelltenrat des Amtsgerichts Berlin-Mitte sollte bei dem Abbau „mitwirken", das heißt, er sollte gewissermaßen diejenigen denunzieren, die zu entlassen seien, zumindest aber seine Zustimmung zu der Abbauliste der Verwaltung geben. Der Angestelltenrat hat das aber abgelehnt und auf Vorschlag des roten Betriebsrats Kollegen Seiler ein Schreiben an den Behördenvorstand gerichtet, das u. a. folgende Absätze enthält:

„Feststeht, daß die Angestellten nach wie vor ein Pensum leisten müssen, das nur zeitweise unter äußerster Anspannung geleistet werden kann. Ferner ist feststehend, daß von den Angestellten, und zwar von voll leistungsfähigen Kräften, nach wie vor Heimarbeit in erheblichem Umfange geleistet wird (z. B. in den Mietabteilungen).

Der Angestelltenrat fordert demgegenüber bei einem eventuellen tatsächlichen Rückgang der Geschäfte die Einführung des **Siebenstundentages und der 40-Stunden-Woche.** Dieser Siebenstundentag kann und darf natürlich nicht mit einer weiteren Gehaltskürzung verbunden werden, da dann der Lohn auf ein Niveau herabgedrückt würde, daß dem der Kulis entspricht und auch die bescheidenste Lebensführung unmöglich macht.

Der Angestelltenrat ist sich klar darüber, daß diese Forderung nicht durch Verhandlungen mit der örtlichen Dienststelle durchzusetzen ist, er erklärt aber, sämtliche in dieser Richtung laufenden Bestrebungen zu unterstützen, die Angestelltenschaft mobil zu machen und dem Personalabbau den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen."

Der Wert dieses Schreibens wurde noch dadurch erhöht, daß es überall im Amtsgerichtsgebäude durch den Angestelltenrat ans Schwarze Brett angeschlagen wurde.

Warum so radikal?

Mancher Kollege wird sich allerdings den Kopf darüber zerbrochen haben, wie ein solches Dokument, daß eine so offene Sprache redet und sogar Kampfmaßnahmen verspricht, in einem Angestelltenrat, dessen Majorität aus Nazis und ZdA.-Leuten besteht, angenommen werden konnte. **Des Rätsels Lösung aber ergibt sich leicht, wenn man die dicht vor der Tür stehende Neuwahl des Angestelltenrats berücksichtigt. Ganz offensichtlich erscheint es wohl den Nazis wie den ZdA.-Leuten ratsam, jetzt den starken Mann vor der Belegschaft zu spielen.** In Wirklichkeit aber — das hat die Betriebsversammlung vom 30. Juni d. J. und ihr Nachspiel bewiesen — betreiben diese Brüder das direkte Gegenteil von Kampfmobilisierung. Gegen ihren Willen wurde in dieser Betriebsversammlung ein Beschluß angenommen, der den Betriebsrat auffordert, sofort eine Vollversammlung sämtlicher Justizbetriebsräte einzuberufen, um über die gemeinsame Abwehr der Angriffe auf die Justizangestellten zu beraten und konkrete Kampfmaßnahmen in die Wege zu leiten.

Das wahre Gesicht der Nazis und des ZdA.

Es war der ZdA.-Vorsitzende des Betriebsrates, Schrader, der diesen Beschluß der Betriebsversammlung nach Kräften sabotierte („Ich habe Zeit" — war seine wiederholte Rede), und es bedurfte erst des energischsten Drängens seitens der RGO.-Kollegen, um Herrn Schrader zur Einberufung der Betriebsrätevollversammlung jetzt (also nach vollen zwei Monaten) zu bewegen. Hierüber wird auch noch ein andermal ausführlich zu sprechen sein.

Und die Nazibetriebsräte? Sie vertrösteten in der Betriebsversammlung die von Gehaltsabbau und Entlassung bedrohten Kollegen auf den Staatsgerichtshof und den neuen Reichstag. So Herr Wuischke, der Vorsitzende des Angestelltenrats (dem aber bereits das Mißtrauen ausgesprochen wurde) und sein Pg. Jastrow, diese beiden hervorragenden NSBO.-Koryphäen. So sieht der „Kampf" dieser Betriebsräte für die Kollegen aus.

Wer also glauben würde, daß die Nazis und ZdA.-Männer in Konsequenz der starken Worte des Schreibens an den Amtsgerichtspräsidenten jetzt wirklich zu Mobilisierungsmaßnahmen schreiten würden, der wird schwer enttäuscht werden.

Was ist zu tun?

Die Kollegenschaft darf jetzt nicht lange fackeln. Die bisher ausgesprochenen Kündigungen werden noch lange nicht die letzten sein. Es heißt daher, schnell zu handeln.

Was jetzt not tut, ist die sofortige Einberufung einer Betriebsversammlung, und zwar während des Dienstes. In dieser Betriebsversammlung muß die Kollegenschaft über die ihr drohenden Gefahren ausführlich aufgeklärt und sofort ein Komitee gebildet werden, das sich aus Vertretern sämtlicher Bezirke des Gerichts zusammensetzt. Dieses Komitee hat in engster Verbindung mit den Kollegen (z. B. durch Einberufung von bezirklichen Betriebsversammlungen) die Maßnahmen zu beschließen und durchzuführen, die angesichts des rigorosen Vorgehens der Verwaltung geboten sind. Dem Personalabbau muß nicht nur mit Worten schärfster Widerstand entgegengesetzt werden! Kollegen! Ergreift die Initiative! Fordert die Betriebsversammlung!

Seht euch aber auch genau die Kandidaten an, die sich jetzt zur Neuwahl euch präsentieren! Wählt keine Nazis! Wählt nicht wieder den sabotierenden Schrader und seine Freunde! Wählt nicht die Listen der mit der faschistischen Staatsgewalt unter einer Decke steckenden Gewerkschaften! **Wählt euch Kollegen, die energisch und konsequent eure Interessen vertreten! Wählt die Liste der kämpfenden Einheitsfront! Wählt antifaschistisch!**

Genossen, diskutiert in den Betrieben mit den SPD.- und Gewerkschaftskollegen über die Verhandlungen Schleicher-Leipart. — Was sagen sie dazu? Ihr sollt auch über die Maßnahmen diskutieren, wenn eine Nazi-Zentrum-Koalition zustande kommt. Berichtet!

Eroberung eines Nazibetriebs

So trägt man die Antifaschistische Aktion in die Betriebe

(Arbeiterkorrespondenz)

Der Wäschereibetrieb Wagner, in der Mühlenstraße, in dem vorwiegend Frauen beschäftigt sind, galt bisher als faschistische Hochburg. Dieser Betrieb ist jetzt in der antifaschistischen Kampfwoche endgültig von uns gestürmt worden.

Seit einem halben Jahr wurde dieser Betrieb von den Nazis unaufhörlich bearbeitet. Des öfteren ereigneten sich schwere Zusammenstöße zwischen kommunistischen und nationalsozialistischen Flugblattverbreitern. **Rücksichtslos wurden hier die Frauen, insbesondere die jugendlichen Arbeiterinnen, vom Unternehmer ausgebeutet. Es wurde ihnen gedroht, wenn sie nicht zur Reichspräsidentenwahl für Hitler stimmen, würden sie fristlos entlassen. Es wurde von der Betriebsleitung ein Denunziantentum großgepäppelt, so daß sich zeitweise keine Arbeiterin mehr getraute, den Mund aufzumachen. Sie mußte befürchten, von Spitzeln umgeben zu sein.**

Der Nazibonze in diesem Betrieb ist der Meister Rosenthal, der eingeschriebenes Mitglied der NSDAP. ist. **Dieser zwang einen Teil der Arbeiterinnen, Mitglied der NSDAP. zu werden. Da viel Arbeiterfrauen aus Angst, entlassen zu werden, den Aufnahmeschein der NSDAP. ausfüllten, brachte es hier die Nazi-Betriebszelle auf 60 eingetragene Mitglieder.**

Nun, wir beschließen, gegen diesen Nazibetrieb einen Agitationssturm zu machen. **Die Straßenzelle bearbeitete unaufhörlich von außen den Betrieb, bei jeder Gelegenheit wurden Flugblätter verteilt, persönliche Agitation wurde durchgeführt, und es gelang uns trotz allem Terror, die Mitglieder der NSDAP. von ihrer Partei loszulösen. Die Nazibetriebszelle soll jetzt gegenwärtig nur noch fünf Mitglieder haben.**

In der antifaschistischen Betriebswoche haben wir die ersten großen organisatorischen Erfolge erzielt. Es gelang uns, eine Betriebszelle zu gründen aus vier Genossinnen und zwei Genossen.

Gleichzeitig wurde durch eine andere Straßenzelle auch der Nachbarbetrieb Siegfried bearbeitet, und auch hier gelang es uns, einen Stützpunkt zu schaffen.

Man kann also sehen, wo die Straßenzellen aktiv auftreten, wenn ihre Tätigkeit einen richtigen Kurs hat, da geht unsere revolutionäre Arbeit vorwärts. So muß man überall die antifaschistische Betriebswoche durchführen.

(Ein dreifaches Rot Front den revolutionären Antifaschisten, die ein glänzendes Beispiel gegeben haben, wie man Nazibetriebe erobern kann, und glänzend die Parole der Partei durchgeführt haben: „Tragt die Antifaschistische Aktion in die Betriebe!" Die Redaktion.)

Die gefolterte Arbeiterjugend
Bereitet den Internationalen Jugendtag vor!

Der „Oberschläger"

(Lehrlingskorrespondenz)

Am Mittwoch ereignete sich im Betrieb Injector, Köpenicker Straße, folgendes:

Der „Oberschläger", Meister Bartsch, hat sich wieder mal erlaubt, Lehrlinge zu schlagen, die das „Verbrechen" begangen hatten, den Fahrstuhl unerlaubter Weise zu benutzen. Wenn auch diese beiden Lehrlinge nicht recht gehandelt hätten, hätte dieser Meister nicht das Recht, sie zu mißhandeln. Oder bilden sich diese Leute schon ein, im „Dritten Reich" zu sein?

Aber was tun unsere knorken SPD.-Betriebsräte dagegen? Soviel man feststellen konnte, bisher noch gar nichts. Solche Zustände dulden wir nicht länger. Die einzigen, die sich noch für uns Arbeiter einlegen, sind die roten Betriebsräte, die sich gegen derartige Zustände wie Lehrlingsprügelei, Lohnraub und jede Verschlechterung im Betrieb einsetzen. Bedauerlicherweise muß man noch hören, daß SPD.-Betriebsräte den Standpunkt der Meister und des Unternehmers vertreten.

Kollegen, soll es so weitergehen? Dagegen gilt es den allerschärfsten Kampf zu führen. Die Reformisten rühren keinen Finger, sondern billigen jede schnöde Raubmaßnahme gegen die Rechte der Arbeiter. Schärfster Kampf muß angesagt werden. Das ist der Sinn der Antifaschistischen Aktion.

Kurzarbeit

(Lehrlingskorrespondenz)

Seit einiger Zeit müssen wir Lehrlinge bei Loewe ebenfalls ein bis zwei Tage die Woche verkürzt arbeiten. Unsere Eltern sind meistenteils ebenfalls erwerbslos oder verdienen ebenfalls sehr wenig. **Die Kurzarbeit macht für uns einen Lohnausfall von 16 bis 33 Prozent, in den Schulferien erhöht sich dieser Lohnausfall bis zu 50 Prozent. Für uns Lehrlinge, die wir auf die paar Pfennige der sogenannten Erziehungsbeihilfe angewiesen sind, bedeutet das eine ungeheure Verschlechterung unserer Lebenslage.**

Es gibt trotzdem noch einige Kollegen, die den Nazis nachlaufen und auf den Lehrer schwören, der da behauptet, daß an der Wirtschaftskrise nicht das kapitalistische System schuld sei, sondern die hohen Löhne der Arbeiter.

Die Einführung der Kurzarbeit beweist uns Lehrlinge, daß eine Lehrzeit von drei Jahren voll und ganz genügen würde und nicht, wie immer von seiten der Unternehmer behauptet wird, wir müßten vier Jahre Lehrzeit zurücklegen. **Selbstverständlich werden wir unsere Forderung auf Verkürzung der Lehrzeit, volle Bezahlung des Kostgeldes, auch bei Kurzarbeit, dann durchsetzen können, wenn wir gemeinsam mit den erwachsenen Kollegen unseren Kampf organisieren. Darum ist es Pflicht eines jeden Lehrlings, sich ebenfalls an den Betriebsversammlungen der Arbeiter von Loewe zu beteiligen. Lehrlinge erkennt, daß auch wir etwas machen können, werdet Mitglieder der Jugendzelle bei Loewe, wir werden jedem Kollegen den Weg zeigen.**

Erziehung

(Lehrlingskorrespondenz)

Wir sind im Kaufhaus Tempelhof ungefähr 50 Lehrlinge und beziehen einen monatlichen Lohn von 27 Mark im ersten Jahr, 41 Mark im zweiten Jahr und 54 Mark im dritten Jahr. **Unsere tägliche Arbeit besteht darin, daß wir von früh bis abends vom Lager zur Kasse und von der Kasse zum Lager laufen. Wenn wir morgens kommen, müssen wir uns als erstes mit einem Besen bewaffnen und die Etage, wo wir gerade arbeiten, ausfegen, außerdem den Hof saubermachen. Was das mit Lehrlingsarbeit zu tun haben soll, weiß ich nicht.**

Aber nicht genug damit, wenn wir wirklich mal fünf Minuten stillestehen, kommt der Einkäufer oder ein sonstiger Antreiber oder auch Antreiberin und die Hetzjagd geht von neuem los. Ware sortieren und andere unzählige Beschäftigungen. Ganz besonders wild wird es, wenn unser Alter mal nicht richtig aufgestanden ist. **Dann findet er in seinem Toben keine Bande mehr und wir bilden uns langsam aber sicher zum Wettlaufen aus — nur nicht als Kaufleute.**

Darum, Lehrlinge und Jugendangestellte, kämpft gemeinsam in der Antifaschistischen Aktion gegen Unternehmerterror und Ausbeutung.

Im Zeichen der Betriebskampfwochen:

Die Methoden unserer Betriebsarbeit

Der Beschluß des Zentralkomitees unserer Partei, die Antifaschistische Aktion unter Ausnutzung der durch den Wahlsieg vom 31. Juli geschaffenen günstigen Bedingungen auf eine höhere Stufe zu heben, die der Organisierung von Streiks und Massenkämpfen aller Art dienen soll, eröffnet für unsere gesamte Politik und Arbeit in den nächsten Wochen und Monaten große Möglichkeiten und ernsteste Aufgaben. Dieser Beschluß soll dazu dienen, nunmehr auch die entscheidenden Beschlüsse des Februar-Plenums des Zentralkomitees auf dem Gebiete der Betriebs-, Gewerkschafts-, RGO.- und Erwerbslosenarbeit und der Verbesserung der Arbeit des Jugendverbandes in Angriff zu nehmen, nachdem die Durchsetzung dieser Beschlüsse in der Partei in den ersten Monaten nach dem Februarplenum auf Grund einer Reihe von Faktoren vernachlässigt wurde. Mit der Einleitung der Antifaschistischen Aktion wurde in den letzten Monaten bereits ein Teil jener Wendung zur verstärkten revolutionären Massenarbeit und zur Auswertung der ideologischen Offensive in der Praxis erfolgreich in die Wege geleitet, wie sie das Februar-Plenum fordert. Diese Tatsache gibt uns zugleich die feste Gewißheit, daß auch die weitere höhere Aufgabenstellung auf Grund der neuen Beschlüsse des Zentralkomitees über die zweite Etappe der Antifaschistischen Aktion, mit dem gleichen Elan, dem gleichen Tempo und mit verstärkten Erfolgen gelöst werden kann.

Was war die Lehre des 20. Juli? Die politischen Losungen der Partei waren vollständig richtig, entsprachen den Erfordernissen der Situation und dem Reifegrad der Massen. Die Voraussetzungen für die Auslösung größerer politischer Massenkämpfe, ja, vielleicht sogar ihre Steigerung und Zusammenfassung bis zu Großkämpfen über ganz Deutschland, waren zweifelsohne gegeben. Alle Berichte der Arbeiterkorrespondenten, die eine wichtige Quelle für die Beurteilung der Lage in den Betrieben abgeben, bestätigen diese Einschätzung. Die Art und das Tempo, wie unsere Losungen an die Betriebsarbeiter herangebracht wurden, wies z. T. ernste Mängel auf. Aber erstens handelt es sich hierbei vorwiegend um Erscheinungen, die für Berlin zutreffen, das freilich im Brennpunkt der Vorgänge stand. Zweitens treffen auch für Berlin diese Mängel nur bedingt zu, da unsere Parolen letzten Endes doch den großen Massen der Arbeiterschaft zur Kenntnis gelangten. Die Ursache, weshalb es trotzdem nicht zur Kampfauslösung kam, liegen deshalb im wesentlichen tiefer.

Die wichtigste, politische Ursache ist zweifelsohne der ungenügende Kampfinhalt unserer bisherigen Agitation und Propaganda in den Betrieben. Wir haben in der Vergangenheit noch immer nicht verstanden, die Betriebe in genügendem Maße zur Stätte einer unablässigen, systematischen Kampfrüstung, Streikagitation, Streikmobilisierung zu machen. Ueber diese Frage, über den politischen Inhalt unserer Betriebsarbeit soll später gesprochen werden.

Noch ernster wirkte sich eine andere Schwäche aus: das Fehlen einer ausreichenden organisierenden Arbeit für die Auslösung von Streiks in den Betrieben, auf Grund der Schwäche unserer dortigen Positionen und Methoden. Nur von außen, durch das Herantragen richtiger politischer Losungen, kann ein Streik sehr selten ausgelöst werden. Auch diese Methode, einen Betrieb von außen her mit revolutionärer Agitation und Propaganda zu berennen, ist unerläßlich und wichtig. Aber das Entscheidende bleibt doch die revolutionäre Arbeit im Betriebe selbst, die vor allem imstande ist, den Betrieb streikreif zu machen, die Voraussetzungen politischer und organisatorischer Natur zu schaffen, um mit der erforderlichen Initiative im entscheidenden Moment die Losungen der Partei oder der RGO. aufzugreifen und die Belegschaften in den Kampf zu führen. In dieser Arbeit, die man als das Hauptgebiet der Betriebsarbeit bezeichnen muß, steckt unsere größte Schwäche. Hier ist die Hauptursache dafür vorhanden, daß es am 20. Juli gegenüber dem faschistischen Staatsstreich in Preußen nicht zur Auslösung von Massenkämpfen kam.

Durchdie richtige politische Stellungnahme der Partei wirkte sich der 20. Juli trotz der negativen Tatsache, daß es nicht zur Kampfauslösung kam, zu einer Stärkung der Autorität der Partei in den Massen aus und erhöhte deren Kampfbereitschaft. Das alles sind positive Erscheinungen, die im Wahlresultat vom 31. Juli einen gewissen Niederschlag fanden. Wir dürfen auch vom Standpunkt der außerparlamentarischen Kampfmobilisierung einen wichtigen Fortschritt nicht unterschätzen, den uns der 20. Juli gebracht hat. Auf dem XI. Plenum des EKKI beschäftigte sich Genosse Thälmann in seinem Referat über die Aufgaben der KPD. mit der Frage, welche konkreten Maßnahmen getroffen werden müßten, um die Bahn für die Entstehung und Führung großer Streiks freizumachen. Unter den fünf Punkten, die Genosse Thälmann dabei anführte, lautet der erste:

„Eine umfassende Massenpropaganda, um unter der ganzen Arbeiterklasse und den werktätigen Mittelschichten das Verständnis für die Bedeutung dieser Waffe des revolutionären Klassenkampfes zu erwecken."

Bis jetzt hatten wir in der Durchführung dieser Maßnahmen nur wenig erreicht. Die Losung des politischen Massenstreiks wurde in unserer Agitation und Propaganda vielfach sehr abstrakt angewandt und hinterließ deshalb keine tieferen Spuren in den Massen. Der 20. Juli mit der Aufstellung unserer Kampflosung und der öffentlichen Frage unserer Partei an die SPD., ADGB. und Afa-Bund, ob sie bereit seien, gemeinsam mit den Kommunisten den Generalstreik für die proletarischen Forderungen durchzuführen, hat hierin eine große Wendung gebracht.

In den Betrieben wurde und wird heute massenmäßig über die Frage des politischen Massenstreiks oder Generalstreiks als wichtigstes gegenwärtiges Kampfmittel diskutiert.

Die Arbeiterschaft macht sich mit der Anwendung dieses Kampfmittels immer stärker vertraut. Das zeitigt z. T. sogar einige negative Erscheinungen, wie die Vernachlässigung der kleineren ökonomischen und betrieblichen Kampffragen. Trotzdem bleibt die Entfaltung einer solchen Massendiskussion über den politischen Massenstreik oder Generalstreik in den Belegschaften eine sehr wichtige positive Erscheinung, ein Fortschritt unserer revolutionären Arbeit, der sich in der Zukunft auswirken wird.

So wenig also Depressionsstimmungen auf Grund des 20. Juli angebracht sind, so sehr müssen wir doch selbstkritisch die Schlußfolgerung aus der Tatsache ziehen, daß es uns an diesem Tage nur gelang, politisch-agitatorische Erfolge zu erzielen, nicht aber, unsere Losungen unmittelbar zu verwirklichen. Und diese Schlußfolgerung stößt uns eben auf diese Frage unserer Betriebsarbeit, auf die Aufgabe, in den Betrieben die organisatorischen Fundamente für unsere revolutionäre Kampfpolitik zu schaffen. In den erwähnten Ausführungen auf dem XI. Plenum zur Frage des Streiks, bezeichnet Genosse Thälmann als zweite wichtigste Maßnahme:

„Die Schaffung von organisatorischen Voraussetzungen, um bei geeigneten politischen oder sonstigen Anlässen die organisierende Rolle der Partei für die Auslösung, Verbreiterung und Führung des Massenstreiks wirklich erfüllen zu können. Hierzu gehört vor allem der Ausbau des revolutionären Vertrauensleutesystems in den Großbetrieben, durch das wir über den Rahmen der Betriebszelle hinaus eine genügend schlagkräftige Organisation in den Betrieben in die Hand bekommen."

Diese Voraussetzungen in den Betrieben für die organisierende Rolle der Partei bei der Führung der Kämpfe zu schaffen, muß das Ziel unserer Betriebsarbeit sein. Mit welchen Methoden kann dieses Ziel erreicht werden? Im Nachfolgenden soll versucht werden, einige der wichtigsten Grundsätze für die Entfaltung solcher Methoden unserer Betriebsarbeit in aller Kürze zu entwickeln.

Die Hauptschwächen unserer Betriebsarbeit

Worin bestehen die besonderen Schwächen unserer Arbeit in den Betrieben? Es gibt hier sicherlich eine ganze Reihe von Erscheinungen, die alle berücksichtigt werden müssen. Dies vorausgeschickt, wollen wir uns auf einige Hauptpunkte konzentrieren.

1. Unsere Betriebszellen sind nicht die wichtigsten Organe der Partei.

2. Die Einheitsfronttaktik wird im Betrieb nicht oder schlecht angewandt.

3. Der politische Inhalt unserer Betriebsarbeit entspricht nicht der revolutionären Aufgabenstellung der Partei.

4. Unsere Betriebszellen verfügen nicht über die erforderlichen Organe zur wirklichen Führung der Massen im Betrieb.

5. Die Schwäche unserer innergewerkschaftlichen Arbeit bedingt zugleich eine Schwäche unserer revolutionären Arbeit.

6. Die Arbeit der Straßenzellen, die Erwerbslosenarbeit usw. sind nicht mit der Betriebsarbeit verbunden.

In diesen Hauptfragen müssen wir zu einer Aenderung kommen, wenn wir in den Betrieben vorstoßen und damit unsere strategische Hauptaufgabe, die Eroberung der proletarischen Mehrheit, erfüllen wollen.

Was muß geschehen?

1. Kurs der Parteiarbeit auf die Betriebszellen

Wie steht es heute in unseren Betriebszellen? Ihre Sitzungen sind nicht erfüllt vom revolutionären Leben der Partei und ihren Kampfaufgaben. Die Zellenmitglieder besuchen diese Tagungen vielfach aus Pflichtgefühl, nicht aber aus dem Bewußtsein und der Ueberzeugung, daß hier die wichtigste Arbeit für den revolutionären Befreiungskampf geleistet wird, daß hier der eigentliche Puls der revolutionären Partei schlägt, daß sich hier das Waffenarsenal des Klassenkampfes befindet. Das innere Leben der Betriebszellen, ihre Politisierung nimmt nur bei bestimmten innerparteilichen Kampagnen einen gewissen Aufschwung, sonst herrscht gewöhnlich eine gewisse Leere, eine ungenügende Verbindung der Parteileitungen mit den Betriebszellen, ein Fehlen dauernder systematischer und kameradschaftlicher Hilfe und Kontrolle ihrer Arbeit, die durch gelegentliche „Befehlsausgaben" keineswegs ersetzt werden kann.

Auf dem Februarplenum 1932 des ZK. wurde die Aufgabe gestellt, in Zukunft die Betriebszellen wirklich zum Zentrum der Partei zu machen. Bis heute ist das keineswegs gelungen. Noch immer trifft auf die deutsche Partei zu, was Genosse Piatnitzki in seiner außerordentlich wichtigen Broschüre über „Die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien" (Bücherei des Parteiarbeiters, Band 6, Preis 20 Pfennig) sagte:

„Die wichtigsten Partei- und Gewerkschaftskampagnen werden von den Parteileitungen, nicht durch Betriebszellen durchgeführt."

Das aber ist das Entscheidende. Wir müssen, wie es auf dem Februarplenum gefordert wurde, in der täglichen Praxis unserer Parteiarbeit, unseres Parteilebens diesen Umschwung mit dem Kurs auf die Betriebszellen herbeiführen. Bei jedem Beschluß, bei jeder Losung, bei jeder Kampagne müssen die Funktionäre vor allem davon ausgehen, in welcher Weise dieser Beschluß, diese Losung, diese Kampagne für die Arbeit der Betriebszellen zur Auswirkung gelangt, welche Rolle den Betriebszellen dabei zufällt. Bei der Ausarbeitung des Plans für die Wahlkampagne zu den Reichstagswahlen vom 31. Juli wurde dieser Kurs vom ZK. mit aller Schärfe eingeschlagen. Man muß aussprechen, daß es, von einigen wenigen Bezirken abgesehen, beim Versuch geblieben ist. Hier gilt es in der Tat einen völligen Umschwung im gesamten System unseres Parteilebens zu schaffen. Gelingt das, so wird durch die innere Umorientierung der Partei, dadurch, daß die Betriebszelle in den Mittelpunkt unserer Parteiarbeit und unseres Parteilebens tritt, zugleich die gesamte revolutionäre Arbeit dem Kurs auf die Eroberung der Betriebe entsprechen.

2. Die Frage der kollektiven Kampfaufgaben im Betrieb

Die Partei hat in der Anwendung der Einheitsfronttaktik große Fortschritte gemacht. Aber vor den Toren der Betriebe scheint dieser Fortschritt Halt zu machen. Und doch ist für die Frage der Auslösung und Führung der Streiks von entscheidender Bedeutung, daß es uns gelingt, die Mauer zwischen den revolutionären Arbeitern im Betrieb und den von der SPD., den freigewerkschaftlichen oder christlichen Organisationen beherrschten Kollegen niederzureißen, den Einfluß des Reformismus unter den Belegschaften zu isolieren und eine gemeinsame Kampffront der Gesamtarbeiterschaft der Betriebe zu schaffen. Die Frage der Einheitsfronttaktik im Betrieb ist deshalb von entscheidender Bedeutung.

Das Wichtigste ist dabei selbstverständlich die richtige Politik: das heißt die tägliche, unermüdliche revolutionäre Kleinarbeit unter der Belegschaft, um an jeder Frage — von der Waschgelegenheit über Lohn- und Akkordfragen bis zur „hohen Politik" — die Richtigkeit unserer Losungen und Methoden zu beweisen. Aber dabei müssen wir zugleich auch in organisatorischer Hinsicht die Formen für die betriebliche Einheitsfront entwickeln. Man kann nicht erwarten, daß eine Belegschaft, die sich noch nicht einmal zur gemeinsamen Beschlußfassung über eine Protestresolution oder zu ähnlichen „kleinen" Handlungen kollektiver Art zusammengefunden hat, mit einem Schlage die gemeinsame, kollektive Front für viel höhere Kampfaufgaben, wie die Führung eines Streiks, bilden wird. Natürlich gibt es in einer Zeit revolutionärer Hochspannung auch rasche und explosive Wandlungen in einer Belegschaft auf Grund bestimmter mitreißender Ereignisse und Erfahrungen des Klassenkampfes. Aber als Regel müssen wir doch erkennen, daß es unsere Aufgabe ist, die kämpfende rote Einheitsfront in den Betrieben zäh und geduldig zu organisieren.

Die beste Methode, um diese Aufgabe zu lösen, ist ohne Zweifel die allmähliche Gewöhnung der Belegschaft an die Durchführung bestimmter kollektiver Aufgaben, um dadurch die Schranken zwischen den Teilen der Belegschaften niederzureißen und die Gesamtarbeiterschaft des Betriebes zusammenzuschweißen. Solche kollektiven Aufgaben können von mannigfaltiger Form sein. Schon der Beschluß über eine gemeinsame Resolution, schon die gemeinsame Organisierung einer Betriebsversammlung ist ein solcher Akt. Eine viel höhere Form stellt die gemeinsame Schaffung von Massenselbstschutzformationen gegen den faschistischen Terror dar. Aber es gibt auch andere sehr entwicklungsfähige Möglichkeiten. Z. B. die gemeinsame kollektive Organisierung eines roten Landsonntags durch eine Betriebsbelegschaft oder die gemeinsame Durchführung von Haus- und Hofpropaganda gegen den Faschismus in der Umgegend des Betriebs oder gemeinsame Bearbeitung unmittelbar nach Betriebsschluß der Arbeiter eines benachbarten Betriebes (beispielsweise auf Bahnhöfen oder in Zügen usw.). Alle diese Methoden müssen selbstverständlich als Mittel zum Zweck in den Dienst der dauernden unmittelbaren Streikagitation und Streikrüstung als der zentralen Aufgabe unserer Betriebsarbeit gestellt werden.

Wenn es die Zelle der Partei oder die Betriebsgruppe der RGO. lernt, für die Durchführung solcher Aufgaben auf dem Gebiete der revolutionären Agitation und Propaganda oder auf bestimmten Gebieten des antifaschistischen Massenkampfes nicht nur die eigenen Partei- und RGO.-Mitglieder und eine bestimmte Schicht von Sympathisierenden im Betrieb zu mobilisieren, sondern solche Kampfaufgaben kollektiv durch die Belegschaft, bzw. einen nennenswerten Teil der Belegschaft durchzuführen, so wird das eine der erfolgreichsten Methoden sein, um praktisch die Einheitsfronttaktik im Betrieb zur Anwendung zu bringen. Die betriebliche Streikrüstung kann durch eine solche Methode, wenn sie richtig angewandt wird, einen starken Auftrieb erhalten.

Diese neue Methode war im Kampagnenplan der Antifaschistischen Aktion schon vor dem 31. Juli, wie auch bei der eigentlichen Reichstagswahlkampagne vorgesehen. In der Praxis kam es bisher noch kaum zu größeren Versuchen. Das ist weniger Schuld der Betriebszellen, als der Parteileitungen. In den jetzigen Betriebskampfwochen der Antifaschistischen Aktion gilt es, das Versäumte unter allen Umständen nachzuholen. In dieser Methode zur Konkretisierung der Einheitsfronttaktik in der Betriebsarbeit liegt aller Voraussicht nach der gleiche Schlüssel zu Erfolgen, wie ihn die Partei in unserer allgemeinen Politik mit der Organisierung der Antifaschistischen Aktion gefunden hat.

3. Der politische Inhalt unserer Betriebsarbeit

Wir haben bereits auf die große Bedeutung hingewiesen, die die Streikparole der Partei am 20. Juli vom Standpunkt der politischen Belebung und Kampfmobilisierung der Betriebe hatte, obwohl wir noch nicht stark genug waren, die Betriebe in den Kampf zu führen. Hier ist ein wichtiger Fingerzeig, in welcher Form unsere gesamte Betriebsarbeit, Agitation, Propaganda und Organisation geleistet werden muß.

Wir müssen den Zustand überwinden, wo unsere Agitation und Propaganda entweder einen nur agitatorischen, nur propagandistischen Charakter, losgelöst von der unmittelbaren Aufgabe der Mobilisierung der Arbeiterschaft zu Aktionen und Kämpfen oder aber hinsichtlich der Kampfparolen einen allzu abstrakten, von der jeweiligen Situation unabhängigen Charakter trägt. Wir müssen es lernen, in jeder Situation schnell und konkret zu reagieren und diejenigen einfachen und überzeugenden Losungen zu finden, die den revolutionären Aufgaben entsprechen, dem Reifegrad der Massen angepaßt und geeignet sind, den Kampf auszulösen und zu höheren Formen zu führen.

Das gilt einmal für die allgemeine Arbeit der Partei und ihre Politik. Angesichts des immer rascheren Tempos der revolutionären Entwicklung kommt es darauf an, stets die Losungen unter die Massen zu bringen, die der jeweiligen Situation entsprechen und den allgemeinen Kampf des Proletariats und der von ihm geführten werktätigen Schichten steigern. So allein können wir, kämpfend, neue Massen in die Kampffront einbeziehen und einen weiteren Einbruch in die Massenbasis der bürgerlichen Diktatur erzielen, die im Proletariat vor allem durch die Sozialdemokratie und die reformistischen und christlichen Gewerkschaften und in den übrigen werktätigen Millionenmassen durch die faschistische Massenbewegung des Nationalsozialismus repräsentiert wird.

Aber die gleiche Aufgabe steht in entsprechender Form für unsere Arbeit in jedem einzelnen Betrieb. Selbstverständlich spielen die großen politischen Losungen in einer Zeit der schärfsten Krise und der Erschütterung des kapitalistischen Herrschaftssystems überall unter den Massen eine entscheidende Rolle. Aber die Kunst einer wirklichen bolschewistischen Arbeit besteht eben darin, diese großen revolutionären Losungen, die Aktionslosungen des Tages, wie die Endzianlosungen des revolutionären Ausweges, mit den besonderen konkreten Fragen des einzelnen Betriebes, der einzelnen Belegschaft lebendig zu verknüpfen. Der noch nicht zum revolutio-

nären Klassenbewußtsein gereifte Arbeiter muß mit Hilfe unserer Losungen auf Grund seiner alltäglichen Erfahrungen im Betrieb (das gleiche gilt für die Stempelstellen und alle werktätigen Schichten in Stadt und Land) die Zusammenhänge des Klassenkampfes erkennen und sich immer stärker davon überzeugen können, daß nur die Kommunisten mit ihrer Politik sein Klasseninteresse verteidigen, und daß ihr Weg auch der seine ist. Diese Kunst beherrschen wir noch sehr wenig.

Es ist eine Hauptfrage unserer Betriebsarbeit, daß unsere Zellen, die Kader unserer Betriebsfunktionäre es lernen, auf Grund der konkreten Bedingungen ihres Betriebes revolutionäre Politik zu machen.

Hier erwächst der Arbeiterkorrespondentenbewegung eine überaus wichtige Aufgabe. Arbeiterkorrespondenten sind eines der wichtigsten Organe der Partei, um „das Ohr an die Masse" zu legen, um herauszufinden, welche Losungen eine wirklich mobilisierende Kraft besitzen. Sie sind, mit den Betriebszeitungsredakteuren, aber auch von großer Bedeutung für die Zellen, wenn es gilt, die aufgestellten Losungen auf längere Sicht durch die Partei- und Betriebspresse zu popularisieren.

Bei jeder „kleinen" Frage die richtigen revolutionären Konsequenzen aufzuzeigen und damit zu den allgemeinen Losungen und Kampfaufgaben der Partei vorzustoßen, darauf kommt es an. Wir haben trotz vielfacher Versuche noch immer nicht gelernt, auf allen Gebieten unserer Arbeit, an allen Punkten der Klassenfront in ein und derselben Richtung vorzustoßen. Die Organisierung der Antifaschistischen Aktion als große Zusammenfassung aller einzelnen Kampfmaßnahmen, aller einzelnen Zweige der Agitation und Propaganda, der Mobilisierung und Organisation ist ein erster größerer Vorstoß in dieser Richtung. Mit Recht sagt Genosse Piatnitzki in der bereits erwähnten Broschüre:

„Die bolschewistische Partei verstand es vor und nach der Eroberung der Macht, ihre Mitglieder so zu erziehen, solche Anweisungen und Direktiven zu geben, daß alle Parteimitglieder auf ein Ziel hinarbeiteten, ganz gleich wo und was sie arbeiteten. Wo immer sie sich befanden, sie konzentrierten sich immer wieder auf diesen einen Punkt ... Leider kann man dies nicht von der Mehrheit der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern sagen."

Worin besteht gegenwärtig in Deutschland dieser eine Punkt, auf den wir die Arbeit aller Kommunisten, ganz gleich wo sie sich befinden, konzentrieren müssen?

In der Organisierung und Steigerung des Massenkampfes gegen die faschistische Diktatur mit dem Ziel, die Massen aus der Abwehr und dem Widerstand gegen alle wirtschaftlichen und politischen Anschläge der faschistischen Diktatur und ihrer Helfershelfer bis zum Kampf für den revolutionären Ausweg aus der Krise zu führen.

Diesen einen Punkt überall, in jedem Betrieb im Auge behalten und doch erst recht konkret auf Grund der besonderen betrieblichen Verhältnisse bei den dortigen Fragen anzuknüpfen — das heißt in der Betriebsarbeit jenes Prinzip verwirklichen, wie es Genosse Piatnitzki darstellt. Wir dürfen weder in allen Betrieben ganz einfach das allgemeine Schema der politischen oder sonstigen Losungen der Partei und RGO. abstrakt anwenden, noch bei der Berücksichtigung der konkreten Betriebsangelegenheiten vergessen, in der einen Richtung vorzustoßen, die der allgemeinen Situation des Klassenkampfes entspricht und in der alle Kommunisten überall arbeiten müssen: in der Richtung der Mobilisierung der Massen zu Streiks und anderen Massenaktionen.

4. Die Verbindung zwischen Betriebszellen und Gesamtarbeiterschaft

Die Betriebszelle der Partei ist das leitende Organ der revolutionären Arbeit im Betriebe. Aber es ist klar, daß schon heute, wo es noch nicht formell „verboten" ist, Kommunist zu sein, die Zelle allein nicht ausreicht, um die Gesamtbelegschaft eines Betriebes mobilisieren und ihren Kampf leiten zu können. Es ist klar, daß die Zelle zur Erfüllung ihrer Aufgaben bestimmter Kanäle, bestimmter Transmissionsriemen bedarf, um ihre Politik, ihre Losungen an die Massen heranzubringen und die gesamte Belegschaft damit zu durchdringen. In dem Maße, wie die Bedingungen unserer Arbeit auf Grund der faschistischen Anschläge gegen die Freiheit der Arbeiterbewegung immer härter werden, muß auch das Netz unserer Verbindungen im Betrieb vielgestaltiger und unzerreißbar werden.

Ein entscheidendes Mittel zur stärkeren Durchdringung der Belegschaft ist die Bildung von Abteilungszellen, die wir seit geraumer Zeit betreiben. Von großer Bedeutung ist die Fraktionsarbeit, die Leitung der Betriebsgruppen der RGO. und die Schaffung einer breiteren revolutionären Opposition in der freigewerkschaftlichen Mitgliedschaft des Betriebes und im freigewerkschaftlichen betrieblichen Funktionärkörper. Eine sehr positive Rolle können die roten Betriebsräte spielen, wenn sie unter wirklicher Kontrolle und mit wirklicher Anteilnahme der Zelle arbeiten. Eine neue und außerordentlich wirksame Form zur stärkeren Verbindung zwischen Zelle und Gesamtbelegschaft bildet die Arbeit im roten Massenselbstschutz des Betriebes, wo ein solcher besteht oder auf breiterer Grundlage geschaffen werden kann. Wenn auch die Massenselbstschutzformationen nicht den Charakter einer festen Organisation tragen sollen, so ist doch die Verbindung mit den in dem Massenselbstschutz eines Betriebes erfaßten Arbeitern weniger lose, als das Band, das die Gesamtbelegschaft auf Grund ihrer bloßen Betriebszugehörigkeit vereinigt.

Die allerwichtigste Form aber, in der wir uns im Betrieb feste Stützpunkte für die revolutionäre Arbeit schaffen können, bildet die Schaffung eines revolutionären Vertrauensleutekörpers und die Methode der Parteilosenberatungen.

Gerade die deutschen Erfahrungen aus der Zeit von 1918 bis 1919 zeigen die großen Möglichkeiten, die mit der Schaffung eines solchen revolutionären Vertrauensleutekörpers im Betrieb verknüpft sind. Hier ist einer der Punkte, wo seit dem Weddinger Parteitag über das Januarplenum des ZK. 1931 und das Februarplenum des ZK. 1932 richtige, wertvolle Beschlüsse unserer Partei in der praktischen Durchführung aufs gröbste vernachlässigt werden. Dieser Zustand muß sofort beendigt werden. Vor jeder Zelle steht die Aufgabe, den gesamten Betrieb mit einem solchen Netz revolutionärer Vertrauensleute zu überziehen. Es darf keine Abteilung ohne revolutionären Vertrauensmann geben. Die Voraussetzung dafür, von seiten der Belegschaft einen revolutionären Vertrauensmann der Abteilung zu wählen, ist bei den heutigen Verhältnissen des Betriebsspitzeltums in der Mehrzahl der Fälle nicht vorhanden. Deshalb ist es Aufgabe der Zelle, einen Arbeiter in jeder Abteilung als Vertrauensmann ausfindig zu machen und zur Arbeit heranzuziehen. Wo keine Abteilungszelle besteht, muß ein RGO.-Mitglied oder ein parteiloser oder sozialdemokratischer Sympathisierender gefunden werden, der diese Aufgabe als revolutionäre Vertrauensmann übernimmt. Handelt es sich um einen Parteigenossen, so fällt diese Aufgabe automatisch mit der „Funktion" des Leiters der Abteilungszelle zusammen. Denn dieser Leiter der Abteilungszelle ist ja kraft seiner Funktion der Vertrauensmann der Partei in seiner Abteilung. Der revolutionäre Vertrauensmann sammelt um sich einige Arbeiter — wo vorhanden, eben die Mitglieder der Abteilungszelle —, denen er die Losungen der Partei, das Agitationsmaterial usw. weitergibt und unter denen die übrigen Arbeiter der Abteilung zur Bearbeitung aufgeteilt werden. Die Beratungen der einzelnen Mitglieder der Abteilungszelle mit den drei bis vier oder mehr Arbeitern, die sie wiederum zu bearbeiten haben, sind die sogenannten Parteilosenberatungen. Sie können völlig zwanglos — in der Pause, auf dem Weg von und zur Arbeit, in einer Wohnung usw. — stattfinden.

Durch dieses System: Zelle — revolutionärer Vertrauensmann in jeder Abteilung bzw. engerer Kreis um den revolutionären Vertrauensmann — Parteilosenberatung, wird die Zelle die Möglichkeit haben, bei bestimmten Anlässen rasch und schlagkräftig im ganzen Betrieb von einer Werkstatt zur anderen ihre Losungen unter den Massen zu verbreiten, die größte Initiative zu entfalten und den Betrieb gegebenfalls rasch in den Kampf zu führen.

Ein Beispiel für die Erfolgsmöglichkeiten bei systematischer Betriebsarbeit: In der Röhrenfabrik Bous im Saargebiet bestand eine Zelle von vier Genossen. Durch die Methode der Abteilungszellen und Parteilosenberatungen erhöhte die Zelle ihren Bestand auf elf Genossen. Diese elf Genossen sammelten um sich 45 Arbeiter. Der Erfolg war, daß bei einer Betriebsversammlung 400 von 500 Arbeitern mobilisiert werden konnten.

5. Innergewerkschaftliche Arbeit und Betriebsarbeit

Es liegt auf der Hand, daß das Problem der Isolierung der SPD. im Betrieb von der Frage unseres Kampfes an der innergewerkschaftlichen Front nicht zu trennen ist. Größere Streiks zu führen, ohne Kampfmobilisierung der über zwei Millionen freigewerkschaftlicher Mitglieder, die noch im Betrieb stehen, ist im allgemeinen unmöglich. Wenn es in unseren Reihen häufig bei einzelnen Genossen Tendenzen zur Liquidierung der ohnehin schlechten innergewerkschaftlichen Arbeit gibt, so zeigten sie damit zugleich ihre vollständige Unkenntnis der Lage im Betrieb und der Probleme der Betriebsarbeit. Die SPD. verfügt im allgemeinen gar nicht über einen eigenen Betriebsapparat. Ihre Positionen in den Betrieben sind die Positionen der reformistischen Gewerkschaften. Die große Aufgabe der Schaffung einer mächtigen Oppositionsbewegung in den freien Gewerkschaften (ebenso in den christlichen Verbänden) ist deshalb untrennbar von der Eroberung der Betriebe für den revolutionären Klassenkampf. Es gilt, den Kampf in den reformistischen Verbänden um die Gewinnung der Mitglieder und unteren Funktionäre mit aller Kraft zu führen.

Gegenwärtig sind die Bedingungen für die Lösung dieser Aufgabe, die wir hier nur ganz kurz streifen können, günstiger geworden. Der allgemeine Durchbruch, den die Partei mit der Anwendung der Einheitsfrontaktik in der Antifaschistischen Aktion erzielt hat, lockert — vor allem nach dem 20. Juli — auch den Boden in den reformistischen Gewerkschaften. Wenn wir jetzt mit einer kühnen Offensive für die Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen revolutionären Arbeiter und für den Ausschluß aller Nazis aus den Gewerkschaften einsetzen, wie es die Beschlüsse des Zentralkomitees verlangen, so wird diese Kampagne im Zusammenhang mit der Kampfmobilisierung angesichts der Tarifkündigungen und der gesamten Hungeroffensive der Bourgeoisie unter der Mitgliedschaft der Gewerkschaften ohne Zweifel stärkere Erfolge erzielen.

Auch für die Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front, wie für die Arbeit der RGO. und der Roten Verbände gibt selbstverständlich der Kampfinhalt den Ausschlag. Nur wenn wir täglich und stündlich mit den richtigen mobilisierenden Losungen, Vorschlägen auftreten und uns so das Vertrauen der Gewerkschaftsmitglieder gewinnen, werden wir sie auf die Seite des revolutionären Proletariats hinüberziehen können. Die öffentliche Frage des Zentralkomitees an den ADGB. und die SPD. bezüglich des Generalstreiks nach dem faschistischen Umsturz vom 20. Juli ist auf lange Sicht geeignet, unseren Genossen und den RGO.-Mitgliedern eine geeignete Plattform und schlagkräftige Argumente für ihr Auftreten in den Gewerkschaften zu geben. Darüber hinaus wird es notwendig sein, auch in der innergewerkschaftlichen Arbeit für die bevorstehenden Wirtschaftskämpfe (Sachsen usw.) nach neuen Formen der Einheitsfrontaktik als Methode der Kampfmobilisierung zu suchen.

6. Die Verbindung der Betriebsarbeit mit den übrigen Zweigen der revolutionären Arbeit

Wir sahen in der Darstellung des Genossen Piatnitzki als eines der Geheimnisse der bolschewistischen Methoden jenes Prinzip, daß die Kommunisten an allen Stellen, wo sie arbeiten, in einer Richtung arbeiten müssen. Das gilt besonders auch für die Verbindung der verschiedenen Zweige der Parteiarbeit mit dem Kampf um die Eroberung der Betriebe. Wenn die Partei jetzt für die zweite Etappe der Antifaschistischen Aktion die große Sammellosung aufgestellt hat: „Tragt die Antifaschistische Aktion in die Betriebe!", so bedingt das, auch auf den übrigen Gebieten der revolutionären Arbeit so vorzugehen, daß auf dieses Ziel hingearbeitet wird.

Das gilt für die Arbeit der Straßenzellen der Partei, die ihre ganze Kraft darauf einsetzen müssen, in ihrem Gebiet liegende Betriebe entweder von außen zu bearbeiten, um die Bildung neuer Betriebszellen vorzubereiten, oder aber, wenn Betriebszellen schon vorhanden, deren Arbeit von außen her zu unterstützen.

Das gilt aber noch viel mehr für die örtlichen und bezirklichen Parteileitungen (BL., UBL., Stadtteil- und Ortsleitung). Es darf keinen verantwortlichen Funktionär der Partei geben, der nicht Arbeit in einem Betriebe leistet. Es darf keine Parteileitung geben, die nicht ihre vornehmste Aufgabe darin erblickt, die Arbeit der Betriebszellen zu fördern oder die Schaffung neuer Betriebszellen zu ermöglichen.

Gilt das als allgemeine Regel, so muß gegenwärtig während der Dauer der besonderen Betriebskampfwochen erst recht auf sämtlichen Gebieten die spezielle Arbeit zugleich in den Dienst der Steigerung der revolutionären Betriebsarbeit gestellt werden. So gilt es, an den Stempelstellen in diesen Betriebskampfwochen in viel ernsterer Form als bisher die Frage des Kampfbündnisses mit den Betriebsarbeitern konkret zu stellen und praktische Schritte einzuleiten.

Es ist an und für sich eine große revolutionäre Errungenschaft, daß es in Deutschland bei einer riesigen Millionenerwerbslosigkeit durch unsere Arbeit unter den Erwerbslosen bisher gelang, bei allen Streiks der Vergangenheit irgendwelches Streikbrechertum seitens der Erwerbslosen aus Not oder Verzweiflung so gut wie restlos zu verhindern. Wo es Streikbruch gab, war es organisierter Streikbruch durch die sozialfaschistische Bürokratie oder von seiten der Nazis. Auf dieser Linie gilt es einen Schritt weiter zu gehen. Wir müssen bei größter Entfaltung des Massenkampfes der erwerbslosen Millionenmassen für ihre Forderungen und bei Steigerung dieses Kampfes zu kühnen, höheren Formen schon jetzt durch gemeinsame Aktionen bestimmter Betriebe mit den Erwerbslosen bestimmter benachbarter Stempelstellen das Bewußtsein der Kampfverbundenheit und praktischen Solidarität zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen immer stärker zur Entfaltung bringen. Die Arbeiter eines beliebigen Betriebes müssen das ständige feste Bewußtsein haben, daß ihnen im Falle des Streikbeginns die Erwerbslosen dieser oder jener benachbarter Stempelstelle unverzüglich zu Hilfe eilen, um gemeinsam das Streikpostenstehen, die Bearbeitung schwankender Belegschaftsmitglieder, vielleicht auch die Sammlung von Streikunterstützung, Lebensmitteln usw. organisieren. Damit wird umgekehrt auch die aktive Bereitschaft dieser Betriebsarbeiter wachsen, den Kampf der Erwerbslosen für ihre Forderungen als eigene Sache zu betrachten und nach besten Kräften durch aktive Kampfhandlungen im Betrieb unterstützen.

★

Selbstverständlich sind die angeschnittenen Fragen nur ein Teil dessen, was zur Ueberwindung der Schwächen unserer revolutionären Betriebsarbeit geschehen muß. Aber die ersten wichtigen Schritte müssen geschehen. Jedes Zögern würde die Kampfkraft der Partei und des revolutionären Proletariats bei den ernsten bevorstehenden Kämpfen aufs schädlichste beeinflussen. Die Politik und die Beschlüsse des Zentralkomitees über die zweite Etappe der Antifaschistischen Aktion machen den Weg frei für eine großzügige Offensive auf die Betriebe und an der innergewerkschaftlichen Front. In der gegenwärtigen mächtigen aufsteigenden Welle des Klassenkampfes ist es auf allen Gebieten erleichtert, erfolgreich vorzustoßen. Nun gilt es, zu marschieren!

Werner Hirsch.

Bei Berliner Lederarbeiter rechnen mit der Verbandsbürokratie ab

Ein Gewerkschaftskorrespondent berichtet:

Nachdem am vergangenen Montag die Monatsversammlung der Lederarbeiter, in der der Bericht vom Frankfurter Verbandstag gegeben werden sollte, von der Polizei verboten wurde, fand diesen Montag nunmehr die Versammlung statt. Sie wurde zu einer Abrechnung mit der Politik und den Methoden der Bürokraten vom Zentralvorstand.

Den Bericht vom Verbandstag gab der Kassierer des Zentralvorstandes, Bock, der ausnahmslos nur über die statutarischen Fragen sprach und zu den politischen Fragen, zu den Fragen des Kampfes gegen Lohnraub und Faschismus überhaupt nicht Stellung nahm. Er konnte es sich jedoch nicht verkneifen, nach dem Vorbild seiner Freunde aus dem Zentralvorstand auf dem Verbandstag eine blöde Hetze gegen die Opposition zu entfalten, fand aber bei den Kollegen damit wenig Anklang.

In der Diskussion, die fast ausnahmslos von Rednern der Opposition geführt wurde, erfolgte dann die Stellungnahme zu den politischen Problemen und insbesondere zu den Beschlüssen des Verbandstages, zu den Ausschlüssen und zur Frage der Einheitsfront. Die Kollegen nahmen gegen die verlogene Taktik des Zentralvorstandes in der Frage der Ausschlüsse scharf Stellung. Jahrzehntelang organisierte Kollegen wurden lediglich fälschlich der Unterschlagung bezichtigt, um Ausschlußgründe" zu konstruieren. Es wurde verlangt, daß der Zentralvorstand die auf dem Verbandstag gefällten Beleidigungen oppositioneller Kollegen, die mit den Nazis auf eine Stufe gestellt worden sind, zurücknimmt.

Insbesondere war es der Kollege Ruding, der die entscheidenden Fragen klar und scharf behandelte. Die Bürokraten wollten ihm das Reden verbieten. Sie durchschnüffelten sein Mitgliedsbuch nach allen Seiten, mußten jedoch, da es in Ordnung war, ihm wieder das Wort erteilen.

Nunmehr versuchten die Bonzen mit allen Mitteln, den Eindruck, den die Ausführungen der oppositionellen Redner, insbesondere der Kollegen Ruding und Leben, gemacht hatten, dadurch zu verwischen, daß sie alle ihre „Kanonen" aufführten. Loß und Bock sprachen, ohne jedoch ebenfalls die entscheidenden Fragen des Kampfes gegen Lohnraub und Faschismus zu behandeln.

Eine von der Opposition eingebrachte Entschließung wurde von der reformistischen Versammlungsleitung einfach nicht zur Abstimmung gebracht. Die Bürokraten fürchten die Annahme dieser Kampfentschließung, in der Kampfaufgaben und Forderungen der Opposition klar formuliert waren. Die Versammlung, in der die Opposition unzweifelhaft die Mehrheit besaß, wird der Auftakt für die weitere Verstärkung der gewerkschaftlichen Oppositionsarbeit bei den Berliner Lederarbeitern sein.

Streik
gegen Hungerlöhne im Nazi-Oldenburg

In Oldenburg sind 600 Arbeiter, die mit Flußarbeiten an der Hunte beschäftigt waren, in den Streik getreten. Der Kampf richtet sich gegen die Hungerlöhne der Naziregierung, die diese Arbeiten zur „Beseitigung" der Arbeitslosigkeit vergeben hatte, dabei aber Löhne zahlen wollte, die nicht zum Leben reichten. Die streikenden Arbeiter fordern 65 Pfennig Stundenlohn und sind entschlossen, den Kampf bis zur Erfüllung ihrer Forderungen weiterzuführen.

Als ich mit der Invasionsarmee marschierte

Von Karl Grünberg

Das kam so: General Hoffmann hatte in Brest-Litowsk, mit der Faust auf den Tisch schlagend, der jungen Räteregierung den Waffenstillstand gekündigt. Die russischen Delegierten antworteten mit der Erklärung, daß Rußland sich als nicht im Krieg befindlich betrachte. — Was aber die deutschen Weltverschlucker nicht davon abhielt, ihre Divisionen aufs neue gegen das jetzt appetitlich offene Rußland loszulassen.

Das 10. Landwehrregiment hatte während des Waffenstillstandes faul und langweilig in Stellung vor den Ruinen der litauischen Stadt Smorgon gelegen. Die einzige Abwechselung bot der Tauschhandel, der sich jeden Mittag auf dem „Niemandsland" zwischen den Drahtverhauen mit den ehemaligen „Feinden" abspielte. Auch besuchten wir uns — trotz des Verbotes — öfter gegenseitig in unseren Gräben. Die Russen drückten uns manches Zersetzungsflugblatt in die Hand, aber die Mehrzahl der Deutschen — es waren meist stockkatholische Oberschlesier — wußten damit nichts weiter anzufangen, als sie den Offizieren abzuliefern, worauf die Ueberwachung noch mehr verschärft wurde.

Am 19. Februar 1918 wurde der Ablauf des Waffenstillstandes durch ein kurzes Bombardement der russischen Gräben angezeigt. Am darauffolgenden Morgen begann der neue Vormarsch gegen Osten: diesmal gegen die Sowjetunion! „Zur Befreiung von den Bolschewitschi", sagte unser Regimentskommandeur bei seiner Ansprache.

Alles in mir empörte sich. Sollte ich nun zu guter Letzt noch die Waffe gegen die sozialistischen Klassenbrüder erheben? — Ich spähte die angetretene Front hinunter. Aber da war auch kein Gesicht, das irgend etwas anderes denn sture Gleichgültigkeit oder gar freudige Genugtuung ob der „Abwechselung" ausdrückte. Mit Begeisterung hätte sich ein Exekutionskommando gefunden, das den einsamen „Hetzer" erledigte. . . . Und mein schon angehobener Fuß blieb im Glied. — — —

Es wurde der merkwürdigste Krieg der Weltgeschichte! Auf der rechten Straßenseite marschierten wir gen Osten, auf der linken Seite aber kamen die endlosen braunen Kolonnen demobilisierter Russen zurück. Mit der erwartungsfrohen Parole „Heimat". Wir aber marschierten Tag für Tag einige zwanzig Kilometer weiter von der Heimat weg, in die schier endlosen russischen Schneewüsten hinein. Vielfach begegneten wir auch heimkehrenden deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen, die für ihre Person den Krieg beendet wähnten. Die einen wie die anderen sahen sich alsbald bitter enttäuscht. Die russischen Soldaten wurden weiter hinten abgefangen und in Zwangsarbeitsbataillone gepreßt. Die Deutschen aber fanden sich nach einigen Urlaubswochen aufs neue an der Westfront wieder, wo sie sich dann allerdings zum großen Teil durch Verbreitung bolschewistischer Bazillen revanchierten. — — —

Nur eines fanden wir nicht: einen Feind, der mit uns die Waffen gekreuzt hätte. Trotzdem — oder vielmehr gerade deshalb — fehlte es nicht an reicher Kriegsbeute. In Moldetschno zum Beispiel „eroberten" wir ohne einen Schuß riesige Mengen an Geschützen, Flugzeugen, Pioniermaterial usw., die bereits fix und fertig zum Abtransport bereitstanden. Denn die Bolschewisten hatten mit der angekündigten Demobilisierung ebenso ernst gemacht . . . . wie die Deutschen mit der Neueröffnung der Feindseligkeiten. Aber der erhoffte Eindruck auf die deutschen Invasionstruppen blieb — zunächst wenigstens — so gut wie ganz aus. Und in der Heimat klatschten die unabkömmlichen sozialdemokratischen Durchhaltepolitiker Beifall. —

Minsk, die Hauptstadt Weißrußlands, die wir am 24. Februar erreichten, glich einem aufgestöberten Ameisenhaufen. Die Straßen wimmelten von demobilisierten russischen Soldaten, darunter viele Mongolen. Dazwischen die ob der „Befreiung" aufatmenden Bürger, die sich gegenseitig die neuesten Schwindelzeitungen:

Die Deutschen in Smolensk
Lenin hat Trotzki ermordet

usw. vorlasen. Abteilungen der zu den Deutschen übergegangenen russisch-polnischen Formationen durchzogen, bis an die Zähne bewaffnet, die Straßen. Ihre Offiziere schienen sich ein Vergnügen daraus zu machen, in ihren wichtigtuerisch dahinsausenden Autos die Passagen zu gefährden, ungeachtet der russischen Gendarmen, die mit weißen Binden und mächtigen Säbeln so etwas wie Verkehrspolizei mimten. — Wir paar Deutsche kamen uns in diesem gewaltigen lehmbraunen Meer wie verschlagene Schiffbrüchige vor, wurden aber nichtsdestoweniger freundschaftlich aufgenommen. Zunächst wenigstens. — — —

Wir hatten Befehl, die Offiziere der gestrigen Feinde zu grüßen, dachten aber natürlich nicht daran. Ueberall in der Stadt knallte es noch herum, man suchte in jedem Winkel nach bolschewistischen Kommissaren, die einen mächtigen Respekt hinterlassen hatten. Auch ich suchte fieberhaft nach Bolschewisten, Gesinnungsgenossen von der anderen Seite, aber das war natürlich noch schwieriger! Bis ich dann rein zufällig auf einige Genossen bei einem vergessenen Sanitätsdetachement stieß. Unvergessen wird mir der Abend bleiben, da wir zu zwei Deutschen und zehn Russen in ihrer Baracke zusammensaßen. Erzählend, teetrinkend und dann sogar unsere Kampflieder singend. Die Deutschen hatten dabei ihre Stahlhelme auf und geladene Gewehre mit aufgepflanzten Bajonetten in den Händen. Aber nicht etwa als „Vorsichtsmaßnahme". Wir waren nämlich Wachtposten vor den Kartoffelmieten des Schlosses Slipnianka.

Die Bevölkerung wurde feindseliger! Immer wiederkehrend die Frage: „Warum führt ihr noch Krieg?" und „Wo ist die Grenze?" — Ja, wenn das unsre alldeutschen Befreier nur selber gewußt hätten! — Aus den Wäldern heraus überfielen rote Partisanen kleinere Abteilungen, Schauergeschichten liefen um. Gar zu gern hätte ich die Front gewechselt . . . wenn eben überhaupt eine Front dagewesen wäre.

Kurz vor Orscha hatten sich die Roten Garden verschanzt, in Eilmärschen wurden wir herangeführt, um nach Ablauf des neuen Waffenstillstandes anzugreifen. Unser Zug — kaum noch 30 Mann stark — lag in Stanji-Budowka, einem weltverlorenen kleinen Dorf, als wir am 24. März plötzlich durch das wohlbekannte Geräusch eines unfernen Gewehrfeuers alamiert wurden. Eine deutsche Patrouille war versehentlich über die Demarkationslinie geraten und entwaffnet worden. Nun wollte man die Waffen mit Gewalt zurückholen — — — bis das Gefecht auf höhere Weisung abgebrochen wurde.

„Jetzt muß gehandelt werden", sagte ich mir. Im großen Bogen flog mein Bruchband weg und damit das Gewehr, das ich bis dahin — wenn auch nur passiv — gegen die Sowjetunion getragen hatte. Am dritten Osterfeiertag wurde auf dem Operationstisch in Minsk mein Sonderfrieden mit der Rätemacht ratifiziert. Ein anderer Ausweg blieb für mich damals nicht übrig.

Inzwischen aber haben wir einiges gelernt. Sollte man mich noch einmal in eine ähnliche Lage versetzen, dann würde ich das Gewehr ganz bestimmt nicht wegwerfen.

Die Volksfürsorge in Berlin

Im ersten Halbjahr wurden durch unsere ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter 3549 Anträge zur Volks- und Lebensversicherung gestellt. 502 Personen beantragten während dieser Zeit die Wiederinkraftsetzung ihrer in der Zwischenzeit freilaufenden Versicherungen. In dem gleichen Zeitraum konnten wir 3446 Sachanträge für die uns eng befreundete Gesellschaft „Eigenhilfe" weiterleiten. Für 197 Sterbefälle zahlten wir in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 79 930,60 Mark aus. Die Summe der regulierten Schäden betrug 59 250,72 Mark.

Im Monat Juli fand die ordnungsmäßige Revision der Rechnungsstelle statt, die zu Beanstandungen keinen Anlaß fand. Wie üblich referierte auch diesmal der Revisor, Genosse Paul Schmidt, in sechs Funktionärversammlungen vor 325 Vertrauensleuten über den Stand der Volksfürsorge, die sich als krisenfest und erfolgreich behauptet.

Der Konsum im Monat Juli 1932

Die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend erzielte im Monat Juli 1932 einen Gesamtumsatz von 3 582 475,87 Mark, was gegenüber dem Vormonat eine kleine Steigerung bedeutet. Die Konsumgenossenschaftliche Sparkasse konnte im Laufe des Monats 149 neue Sparbücher ausstellen und 235 827,38 Mark Einzahlungen entgegennehmen. 1652 Haushaltungen schlossen sich im Juli der Berliner Verbraucherorganisation an, eine bedeutende Zunahme gegenüber den Vormonaten. — Im Geschäftsjahr 1931/32 betrug der Gesamtumsatz 37 200 697,41 Mark. Berücksichtigt man bei der Betrachtung dieses Ergebnisses die erheblich gesunkene Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung und die seit dem Vorjahre eingetretenen Preisrückgänge, so ist die wertmäßige Umsatzverminderung gegenüber dem vorausgegangenen Geschäftsjahr als natürlich anzusprechen.

Wunder der Technik

Ein Gang durch die 9. Deutsche Funkausstellung in Berlin

Der Stand des „Arbeitersender" in der Funkausstellung

Die singende Flamme

Diesmal lohnt es sich wirklich für jeden, der an technischen Dingen irgendein Interesse hat, diese Ausstellung zu besuchen, vorausgesetzt, daß er das „stark herabgesetzte" Eintrittsgeld von 1 Mark aufbringen kann. Denn hier gibt es eine Fülle von technischen Wundern zu sehen.

Gleich in der ersten Halle, dicht bei den Ausstellungskojen der großen Radiofirmen Telefunken, Siemens, AEG. usw., ist der neue Berliner Ultrakurzwellensender aufgestellt, von dem schon seit langem gesprochen wird. Mit seiner Leistung von 15 Kilowatt ist er einer der stärksten Ultrakurzwellensender der Welt. Das merkt man dem Burschen gar nicht an, wenn man davor steht und ihn in Betrieb sieht. Der Telefunken-Ingenieur, der den Sender bedient, überrascht bei seinen Erläuterungen die Zuhörer mit einem sehr netten Experiment. Mit einem Eisenhammer zaubert er aus dem Sender plötzlich einen etwa 30 Zentimeter langen Lichtbogen hervor. Und diese lustig flackernde Flamme singt, überträgt die auf den Sender übernommenen Darbietungen vollkommen einwandfrei! Ein im ersten Moment verblüffendes Phänomen, das jedoch eine sehr einfache Klärung findet. Leider reicht unser Raum dafür nicht aus.

Musik aus dem Aether

Das zweite Wunder: Die Ausstellung des Heinrich-Hertz-Instituts über elektrische Musikinstrumente. Auch wenn man es schon aus dem vorigen Jahr kennt, berührt es doch immer wieder eigenartig, wenn in dem abgeschlossenen Zuhörerraum ein Mann vorn auf dem Podium steht und nur durch die verschiedene Bewegung seiner Hand in der Nähe eines senkrechten Metallstabes herrliche Töne aus der Luft zaubert. Das ist das Thereminstrument, so genannt nach seinem Erfinder, einem Gelehrten der Sowjetunion (letztere Tatsache wird übrigens nach Möglichkeit totgeschwiegen!). Dazu gibt es noch das Trantonium und eine ganze Anzahl elektrischer anderer Musikinstrumente. Wunderbar anzuhören ist ein gemeinsames Konzert dieser ganzen seltsamen Apparate.

Das Mädchen von gegenüber

Und dann — neben dem Rundfunkfilme zeigenden Tonfilmkino in der Ausstellungshalle der Deutschen Reichspost etwas, das an anno dazumal erinnert: Fernsehapparate. Die verschiedensten Typen demonstrieren den gewaltigen Fortschritt auf diesem Gebiet der Funktechnik. Aber wenn wir die Bilder sehen, dann muß man feststellen, daß die gute alte Flimmerkiste unserer Kinderzeit noch Gold dagegen ist. Es wird also wohl noch ein Weilchen dauern bis zum allgemein verbreiteten Fernseher.

Interessant aber ist, wenn uns aus einem der Apparate ein hübsches Mädel etwas von blauen Augen, Liebe und blauem Himmel vorsingt, und wenige Schritte davon sitzt sie in einer Kabine vor dem Aufnahmeapparat, von dem aus sie drahtlos übertragen wird.

Der Superhet

Ungeheure technische Fortschritte gibt es auch bei den Empfangsapparaten, die eigentlich das Wesentliche der Ausstellung ausmachen. Aber hier zeigt sich auch auf technischem Gebiet der arbeiterfeindliche Charakter dieser Ausstellung, ganz entsprechend dem politischen Rahmen. So modern und gut die Apparate sind — Einknopfbedienung, absolute Trennschärfe, vollste Klangreinheit usw. — ihre Preise sind auch entsprechend, so daß sich kaum ein Werktätiger ein solches Wunderwerk leisten kann. So sind denn diejenigen, die kein Geld für teure Apparate haben, gezwungen, sich mit ihrem alten Kasten das arbeiterfeindliche Programm ihres schon vorhandenen oder im Bau befindlichen Orts- oder Bezirksgroßsenders anzuhören oder nach hoffnungslosen Bemühungen auf Fernempfang die Kiste abzuschalten. So glänzend also die technische Entwicklung auf dem Rundfunkgebiet auch ist, im kapitalistischen System kommt sie den Werktätigen nur im geringsten Maße zugute.

„Unser" Stand

Und so ist es tatsächlich nur der Propagandastand des „Arbeitersender", der einzigen proletarischen Funkzeitschrift Deutschlands, der den werktätigen Hörern uneingeschränkt etwas bietet, der ihnen zeigt, wie der heutige Rundfunk aussieht, und was sie sich erkämpfen müssen. Mit seinem reichhaltigen Material, seinen Zeitungen und Broschüren mahnt er, daß es jetzt trotz aller technischen Errungenschaften gilt, den Rundfunk für die Werktätigen zu erobern. Aber nur in einem sozialistischen Rätedeutschland wird es wirklich den „Rundfunk des Volkes" geben.

Em.

Polizei gegen Esperantisten

Im Rosenthaler Hof tagte heute der Gründungskongreß der Internationale proletarischer Esperantisten. In der Mittagspause erschien Polizei, untersuchte alle Anwesenden, prüfte die Papiere und Pässe der ausländischen Teilnehmer. Etwa 20 bis 30 Ausländer wurden verhaftet, entweder weil sie ihren Paß nicht bei sich hatten oder sonstwie der Polizei nicht behagten. 30 bis 40 deutsche Teilnehmer des Kongresses werden zur Zeit noch in einem besonderen Nebenraum festgehalten, man weiß noch nicht, was mit ihnen geschehen wird.

PLAZA
Nähe Schles. Bhf.
5 u. 8.15, Stgs. 2, 5, 8.15 U.
Reinhardt-Ensemble:
Kabale u. Liebe

Fahrräder
gebrauchte, für Damen und Herren RM. 15.— bis 20.—, fabrikneue von 45.— an. Wittler, Göricke usw. 10.— bis 15.— Anz., 3.— Wochenrate. Straß, Charlottenburg, Wallstraße 23.

Casinotheater 8¼
Lothringer Straße 37
Berlin wird lachen
Ab Freitag, 26. August
Annemarie
Musik von Gilbert
Vorher ein bunter Teil
Billige Kassenpreise 0,50, 0.75, 1 M.

Herrenkleidung
Wenig getragene fast neue Herrenmaßsachen zu fabelhaft billigen Preisen. Anzüge, Taillenmäntel, Paletots, Frack-, Smoking- und Gehrockanzüge, Hosen, Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe, Damenmäntel. Weitester Weg lohnend. Lothringer Straße 56, 1 Treppe (Rosenthaler Platz).

Möbel
Herrenzimmer 173—750, Klubtische 9.50. Kamerling, Kastanienallee 56, Ecke Fehrbelliner Str.

Brennmaterialien
Holz- und Kohlenhandlung Georg Gurwitow Spandau, Falkenhagener Str. 11, Ecke Ackerstraße.

Fehrräder
Teilzahlung! Monatsraten 10.-, Wochenraten 3.-. Wanderer, Göricke, Opel, Dürkopp, Wittler. Sport-, Renn- u. Tourenräder 55.- an, Ballon 68.-. Gebrauchte spottbillig. Klein, Charlottenburg, Bismarckstr. 62.

. . . . und immer wieder ins
ROSE-THEATER
am besten und billigsten als
ABONNENT!

Einzigartige Vorzüge:
Keine Verlosung, sondern feste Stammsitze nach freier Wahl.
Freies Programm, freie Garderobe, keine Einschreibegebühren.
12 Vorstellungen im Jahr (6 musikalische Werke, 6 Schau- und Lustspiele).
Abonnementsvorstellungen sind: Vom Montag bis Sonnabend 8.15 Uhr, Sonntag 5.30 und 8.30 Uhr. Das Spieljahr 1932-33 wird am 27. September mit der Komödie von Karl Zuckmayer „Der Hauptmann von Köpenick" eröffnet

NEUEINFÜHRUNG
Volksvorstellungen im Abonnement. Jeden Mittwoch 5.15 Uhr. Preise von 25 Pf. bis 1 M (inkl. Programm und Garderobe, keine Einschreibegebühr). Ungekürzte Aufführungen in erster Besetzung. Stets nur eine Vorstellung im voraus zu zahlen. Reichillustrierte Werbeprospekte senden wir auf Wunsch kostenlos

Ausschneiden

Rose-Theater, Gr. Frankfurter Straße 132
Ich abonniere hiermit . . . . Plätze für 12 Vorstellungen einer Volksserie zum Preise von 0.25, 0.30, 0.40, 0.50, 0.75, 0.90, 1.00 Mark und bitte um sofortige Platzanweisung

Name: ____________________
Adresse: ____________________

Bekanntmachung!

Wir machen hierdurch bekannt, daß der Geschäftsanteil jedes neu hinzutretenden Genossen auf 5 Mark festgesetzt wird. Die Haftsumme für jeden Geschäftsanteil wird gleichfalls auf 5 Mark herabgesetzt. Die bestehenden Geschäftsanteile von 10 Mark werden in zwei Geschäftsanteile von je 5 Mark zerlegt. Rückzahlungen auf diese zerlegten Anteile unterliegen den statutarisch festgelegten Kündigungs- und Auszahlungsfristen. Die Haftsumme beträgt ebenfalls je 5 Mark pro 5 Mark Geschäftsanteil. Wir fordern hiermit die Gläubiger auf, sich bei der Genossenschaft zu melden.

BRAFEGENA
Brandenburger Ferienheim-Genossenschaft „Naturfreunde" eGmbH., Sitz Berlin

York W. Ebert

Geschäftsstelle und Anschrift: Berlin SO 16, Köpenicker Straße 100

Der Weg zum Kunden

Nordwesten

Max Giesen
Turmstr. 42
DAS KAUFHAUS DER WERKTÄTIGEN BEVÖLKERUNG
2628

Thiele-Brot Verkaufsstellen im Laden Beusselst. 36 und in allen durch Plakatanschlag erkenntlich gemachten Milch- und Vorkostgeschäften der Stadtteile Moabit, Charlbg., Wedding u. Gesundbrunnen
2357

Das gute Mathis-Brot 2356
Brotfabrik Gust. Mathis, NW 87, Waldstr. 4
Telefon: Hansa 5333
Erstklassiges Landbrot — Vitamin-Kraftbrot — Backwaren

Karl F. Schmidt & Sohn
Weingroßhandlung
Likörfabrik
Beusselstraße 44
Beusselquelle
Siemensquelle
Schultheißquelle
2361

Bäckerei und Konditorei
Kaffeestube
Paul Zastrow
2359 Stromstraße 33

Rind- und Schweineschlächterei
Emil Schauer
2476 Huttenstr. 70

Farben, Lacke, Tapeten
Franz Jahnke
2360 Beusselstraße 6

Bäckerei und Konditorei
Georg Müller
2477 Gotzkowskystr. 7

Joh. Luebke, Rostocker Str. 43
ff. Fleisch- u. Wurstwaren
2630

2629 Obst, Gemüse, Lebensmittel
Joh. Sanio, Rostocker Str. 49

Bernh. Hanisch
Fleischermstr., Beusselstr. 55
2632 empfiehlt seine stets frischen
Fleisch - Wurstwaren

Milch — Kolonialwaren
gut, billig kauft bei A. Wolke
2715 Rostocker Straße 21

Reserviert Nr. 14
2789

Trinkt Moka Efti-Kaffee
2790 Berlin NW 87. Tel. 9870, 9871 8709

2631 Kauft Wurst und Butter
Arminiushalle, Stand 259/63
A. Hauser

D. Goldfarb
Handbügelei
Chem. Reinigung
und Färberei
Stromstr. 40a
2633

Osten

Fleisch- und Wurstwaren 2528
Franz Hammerschmidt
Litauer Straße 7, Andreasstraße 52, Friedrich-Karl-Straße 21

Herm. Rosteck Rind- und Schweineschlächterei
Ebertystraße 51 2580

Willy Gericke
Rind- und Schweineschlächterei
2582 Petersburger Straße 31

Rind- u. Schweinemetzgerei
W. PAUL
Rüdersdorfer Str. 32
empfiehlt sich den Arbeitern 2569

P. H. Ackermann Butterhandlung 2848
Berlin-Lichtenberg

Lederwaren
Sportartikel
Reparaturwerkstatt
Eduard Hoßmann
2624 Thaerstr. 18,
Tel. Andreas 3572

Euer Friseur nur
Blumenstr. 65
(Keller). Arbeitslose
2626 zahlen für
Haarschneiden kurz
20 Pf., halblg. 30 Pf.

Butter-Nordstern GmbH.
Filialen in allen Stadtteilen
2581

Lebensmittel
2713 kauft man gut und billig
Andreashalle, Stand 128-30 R. Gommel

2714 Kauft Fleisch — Wurstwaren
Andreashalle, *Stand* 238-39.
M. Scharf

Obst — Gemüse
2712 zu billigsten Tagespreisen
empfiehlt E. Wolter, Warschauer Str. 66

2787 Der beste und billigste
Patzenhofer-Schoppen
bei Adolf Pusch, Frankfurter Allee 268

Räucherwaren u. Lebensmittel
2711 Elli Schober, Kopernikusstr. 24

Otto Bourset
Kolonialwaren
Markthallen 7, 8, 9
2625 Osthalle

Gustav Schwirske die billigen Lebensmittelgeschäfte des Ostens! 3172

Südosten

Richard Walter, Oppelner Str. 12
Rind- u. Schweineschlächterei
3001

Rind- u. Schweineschlächterei
Emil Redmann, Wrangelstr. 64
3002

Leihhaus Schmidt
3004 Reichenberger Str. 164

3005 Bäckerei und Konditorei
H. Breustedt, Muskauer Str. 34

Salon Meinicke, Dauerwellen 3 Mark
Rasier. 10 Pf., Haarschn. 25 Pf. 3181

Milch — Kolonialwaren
3180 A. Krenth, Reichenberger Str. 72

Möbelhaus Riemer
Skalitzer Straße 124 3182

Obst — Gemüse 3179
Martha Wagner, Forster Straße 45

Schuh-Ber. Reichenberger Straße 118
Reparatur im Hause 3178

Richard Engel, Wiener Str. 33
3177

Wiener Lichtspiele
Wiener Straße 34, empfehlen sich den Arbeitern und Angestellten. 3184

Rind- u. Schweineschlächterei
Adolf Gericke, Eisenbahnstr. 2
3003

Eßt mehr vitaminhaltige Früchte! 3185

Alt-Glienicke

3121 Eisenwarenhandlung Albert Fuchs
Rudower Straße 64 — Tel. F. 9, 391

Brennholzverkauf freie Lief.
Kiefernkloben 9,58 Mark
Buchenkloben 11,50 Mark
Kiefernrollen 7,50 Mark
Geschnitten 1,50 Mark mehr
Paul Richter, Rudower Hafen
3114 Telefon: Adlershof 7975

Zentrum

Rind- und Schweineschlächterei
Karl Roggatz
Prenzlauer Straße 4
3103

Charlottenburg

Leihhaus
3174 Friedrich-Karl-Platz 12

Bäckerei und Konditorei 3101
Walter Sprott, Christstraße 32a

Bäckerei — Konditorei 3102
Ferdinand Stidzik, Christstraße 15

Heiligensee

Verkehrslokal der roten Sportler
Ww. Heyl, Hennigsdorfer Weg 27/29
Freibad 3097

Albert Berkmann
Holzhandlung
Hennigsdorfer Weg 47
3098 Telefon: C 8, Tegel 1402

Baumschulen-Gärtnerei B. Meyer
3099 Kirschallee 160, Tel. Tegel 2436

Oswald Thiel, Dambockstr. 34
Holz und Kohlen 3100

Mariendorf

Arbeiterverkehrslokal 3121
Alfred Exner, Chausseestr. 27

Moderne
Schuhreparatur-Werkstatt
wie in Amerika
auf Wohlf.-Scheine
Schöneberger
Straße 97 3118

Arbeiter-Verkehrslokal 3119
Mittagt. v. 60 Pf. an
Gustav Schwabe
Prüßstraße 14
Ecke Rathausstr.

Obst und Gemüse
Lebensmittel 3120
billig und gut bei
Willi Glaß,
Chausseestr. 253

Groß-Berlin

2256

Fromms Act empfiehlt der Arzt gegen Infektion 3167

Schütze Deine Familie
durch Beitritt zum
Deutschen Herold

Seine Kinderversicherung
sichert dem Sohne die Kosten der Berufsausbildung, der Tochter die Kosten der Brautausstattung.
Seine Lebensversicherung
sichert den Eltern einen sorgenfreien Lebensabend.
Seine Begräbnisversicherung
enthebt die Hinterbliebenen von den für die Bestattungsausführung notwendigen Besorgungen und sichert eine würdige Bestattung oder auf Wunsch Barleistung.
Niedrige Prämien, loyale Aufnahmebedingungen und doch größte Sicherheit der Leistungen.
Zahl der Versicherten über 1 Million 660 000
Im Jahre 1931
haben wir 8 Millionen Reichsmark für unsere Versicherten ausgezahlt.
Verlangen Sie kostenlose, unverbindliche Auskunft Geschäftsstellen in allen Stadtteilen Groß-Berlins und in allen Städten Deutschlands.

Deutscher Herold
Volks- und Lebensversicherungs-AG.
Berlin SW 48, Friedrichstraße 219/220
Fernruf: B 5 Bergmann 9200—9219
Tüchtige Mitarbeiter, auch nebenberuflich, werden gesucht. 2785

Butter-Hoffmann 2524
150 Filialen in allen Stadtteilen

Wiegro der fahrende Laden
2400 Verkaufsstellen
in Groß-Berlin 2920

Hausfrauen, deckt Euren Bedarf bei:
Ed. Goldacker Nachf.
Inhaber: Gusowski & van Gremsbergh, GmbH.
3109 Filialen in allen Stadtteilen!

3105

DIE LEIHBÜCHEREI für Sie
2548 Exerzierstraße 25
Niederschöneweide: Hasselwerder Straße 35
Reinickendorf-Ost: Residenzstr. 142

Motorrad- und Fahrrad-Werkstatt
W. u. G. Mustroph, NW 21, Stromstr. 46
2927 Tel. C 5, Hansa 6706

Felkenheuer & Golze
Kolonialwaren
2929 Rolandstraße 18/19

Nur
„Oldin - Kohlenanzünder"
3060 verlangen!

Clärchens Ballhaus
Auguststraße 24
2932 Täglich großer Witwenball

Betten / Bettfedern
Bettenreinigung
Kaliski
3104 Chausseestraße 73/74

Konzert-Restaurant 3106
„Hackescher Markt"
C 2, Neue Promenade 2

Zigarrenhaus
E. Barankewitz jr.
2775 Freiheit 9
empfiehlt sich allen Organisationen

Arbeiter, kauft eure
RAUCHWAREN
bei E. Zeidler
Glienicker Str. 8
2776

Herren- und Damen-Friseur
Erwerbslose ermäßigte Preise
Rehel, Müggelheimer Str. 20
2777

Seifen und Wirtschaftsartikel
Moderne Rolle
Karl Vollbrecht,
Müggelheimer
2778 Straße 50

Besohl- und Reparaturwerkstatt
auch Wohlfahrt
Theodor Basch,
Glienicker Str. 33
2779

2780 Trinkt
Stippekohls Kaffee
Eig. Kaffeerösterei
Kolonialwaren
Weine, Spirituosen
Carl Stippekohl,
Glienicker Str. 33-35

Norden

Fleisch u. Wurst Herm. Dräger Schererstraße 8 2517
Empfehlenswerte Einkaufsquelle der Arbeiterschaft

WILLI HANKA
2390 Fleisch / Wurst billig und gut
Brunnenstraße 121—122

Bäckerei — Konditorei
2275 empfiehlt
Franz Leschke, Wattstraße 21

Hehlke's Zoo
Brunnenstraße 51
Alte Schönhauser Straße 3 ist eure Einkaufsquelle
2391

ff. Fleisch- und
2389 Wurstwaren
Karl Lengnick
Stralsunder Str. 40

2470 Bäckerei
Konditorei
Fr. Klickermann,
Badstr. 59

2274 Bäckerei
Konditorei
Paul Stange
Putbusser Str. 46

Arbeiter und Angestellte!
Kauft euer Brot in der 2567
Brotbäckerei Justusstraße 49
1250 gr statt 48 Pf. nur 45 Pf.

Uhren - Eichner! 2566
N 65. Müllerstraße 155

Kaufhaus R. & S. Moses
2570 Am Weddingplatz

Wir kaufen unsere Zigarren u. Tabake bei Liemann, Müllerstr. 12c [2518

Butterhandlung Reinhold Nest 2519
Plantagenstr. 38 u. Schul- Ecke Maxstr.

2520 Tabakwaren — SELZER
Badstr. 62 und Badstr. 8a

W. LANGE, Schwedenstraße 3a
Seifen — Gebrauchsartikel [2521

2522 Arbeiter, kauft eure
ff. Fleisch- und Wurstwaren
bei AUG. HEINZE, Schliemannstr. 8

Kaufhaus Hasenpusch
Wollwaren, Wäsche, Strümpfe,
2523] Gardinen, nur Dunckerstr. 81

Bäckerei 2525
Konditorei
E. Schröder
Wolliner Str. 68

Zigarren
Zigaretten, Tabak
billigst bei
M. Wolski
Dunckerstr. 4
2571

Kauft
ff. Fleisch- und Wurstwaren
bei 2526
Paul Prenzel
Wattstr. 6

Swinemünder 2527
Gesellschaftshaus
Swinemünder Str. 42

Obst u. Gemüse
2930 W. Wieners, Lortzingstr. 36

Bäckerei Herberg Ramlerstraße 24

Möbel-Conrad
2707 Gartenstr. 52

Drogen — Foto — Waschartikel
aus der Kreuz-Drogerie, Ackerstr. 98

Friedrich Fehrmann
2640 Müllerstr. 22a
Eisen und Werkzeuge

R. Haase, Bandagen
2641 Chausseestraße 55

Fleisch- und Wurst-König
2642 Invalidenstraße 151

Großdestillation
2643 E. v. d. Planitz, Elsasser Str. 16

Küchen nur bei
Küchen-Mescha
2645 Brunnenstr. 145

2646 Bäckerei, Konditorei
Hildebrandt, Ackerstr. 65

Bergeler Feinbäckerei
2649 Lychener Str. 110

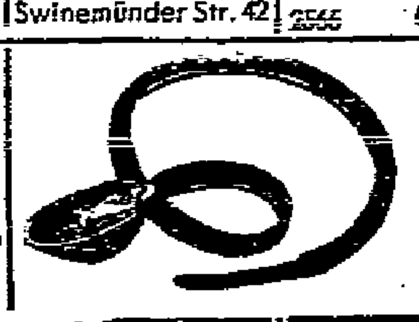
Gemüse, Lebensmittelhandlung 3107
Emma Klatt, Koloniestraße 72

Achtung! Teilzahlung!
Fahrräder M. 50.—
Motor- und Fahrradhaus
Weißenburger Straße 51
Kastanienallee 36 3108

Rind- u. Schweinefleisch
Hugo Rachfahl
3166 Wollankstr. 101, Crusemarkstr. 21

Trinkt Steuer-Kaffee
Billige Bezugsquelle für Lebensmittel
2565 Gerichtstraße 57

Hausfrauen, kauft in der Bäckerei und Konditorei
Schranz,
Schliemannstr. 30
2638



Bandagist Lange 2644
Brunnenstr. 166
Lieferant sämtlich. Krankenkassen

Weißensee

Lederhandlung, Schuhbedarfsartikel
2576 **Brandes, Tassostraße 4**

Eßt mehr
2792 vitaminhaltige Früchte

Butter-Pastorino
2793 Zentrale Weißensee

2791 Hausfrauen verlangen
Reinhold Lehmpfuhls
Landbrot

Groß-Berlin

Roman Greulich
Markenlieferant
Lieferant der Arbeiterorganisation
Gollnowstr. 12 — Tel. E 4, Alex 1594
3175

Johannisthal

Milch- und Lebensmittel
2573
R. KINDLER
Hermannsruh 11

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Rudolf Keßler
Johannes-Werner-
2802 Str. 23

Kohlenhandlung
B. SCHOLZ
Müllerstr. 101
Kol. Späthswalde
2800

2786 Holz- u. Kohlenhandlung
Paul Mischuda
Stubenrauchstr. 13

Markthalle Friedrichstraße 10
tägl. von 8—1 u. 4—7 Uhr geöff.
2919

Getreide, Futtermittel
Samen- u. Düngemittel
2801 K. Schwab, Friedrichstr. 43

Reserviert
2921

BAUSTOFFE-LEHMANN
Johannisthaler Chaussee, Straßenb. 47
2799 Stets Gelegenheitskäufe

Grünau

W. Schütze
Rind- u. Schweine-
Schlächterei
Köpenicker Str. 123
2998

Topf- und Schnittblumen
Kranzbinderei
Herbert Böttcher
im Falkenberg 124
2773

Restaurant
Zur grünen Ecke
Verkehrslokal
sämtl. Arbeiterorganisationen und
2772 Sportler
Köpenicker Str. 100

Adlershof

Schuhmacherei
auch Wohlf.-Sch.
LANGHOFF
Selchowstraße

Köpenick

Achtung! Für Siedlungsbau!
Gebr. Fenster billig zu verkaufen. Neue Fenster und Türen jeder Art in prima
2913 Ausführung, sehr billig
Alfred Karte, Tischlerei
Müggelheimer Str. 22. F 4 Köp. 1950

Paul Mießner
Eisenwarenhandlung, Schloßstr. 13
2916 Fernspr. F 4, Sammel-Nr. 2505

Beschlanstalt
2774 für alle Arbeiterorganisationen
Ernst Link, Friedrichshagener Str. 56

Zigarren, Zigaretten, Tabake,
gut und billig nur bei 3113
Kappus, Wendenschloßstr. 205

Siemensstadt

Artur Rainowitz
Nonnendammallee 93a 2927
Wäsche, Trikotagen, Herren-Artikel
Gardinen, Leinen- und Baumwollwaren

Reserviert 2928

Britz

Treff ° der Werktätigen
„Thalmanns Höhe"
2997 Chausseestr. 149 — Kaffeeküche